

Das Abonnement
auf dies mit Anenahme der
Sonnage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1½ Thlr.,
für ganz Preußen 1 Thlr.
24½ Sgr.

Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Amtliches.

Berlin, 8. Dezember. Se. Majestät der König haben Allergnädigst
geehrt: Die Geheimen Regierungs-Räthe Eduard von Krosigk und Hans
Heinrich Oswald Oskar von Schweinitz, vortragende Räthe in dem
Ministerium des Königlichen Hauses, zu Geheimen Ober-Regierungs-Räthen
und den in demselben Ministerium als Hofsarbeiter angestellten Justizrath
Johann Ludwig Gustav von Loepke zum Regierungsrath; so wie den
ersten Vorstand-Beamten des Bank-Kontoirs zu Stettin, Bank-Rendanten
Barsetow, zum Bank-Direktor mit dem Range eines Raths 4. Klasse zu er-
nennen.

Telegramme der Posener Zeitung.

London, Sonntag 8. Dez. Nachmitt. Nach Berichten
aus Newyork vom 28. v. Mts. hat der Sonderbundskon-
greß die Verlegung des Sitzes der Regierung von Richmond
nach Nashville beschlossen. Nach dem "Newyork Herald" be-
absichtigt die Regierung die Bewilligung eines neuen Kredits
von 160 Millionen Dollars zu fordern. Beaufort war noch
nicht von den Bundesstruppen besetzt.

(Gingeg. 9. Dezember, 9 Uhr Vormittags.)

Deutschland.

Preußen. (Vom Hofe; Tagess-
nachrichten.) Gestern Vormittags nahm der König die laufen-
den Vorträge entgegen, namentlich die des Geheimrathes Illaire
und des Generaladjutanten v. Manteuffel, und empfing alsdann
einige höhere Militärs, unter ihnen den Oberstallmeister, General-
lieutenant v. Willisen, welcher am Morgen von seiner Reise nach
Göttingen und Stuttgart zurückgekehrt ist. Mittags fuhren der
König, die Königin und die Frau Kronprinzessin nach Kroll's Sta-
blißement und nahmen dort die Ausstellung der Emblemen cc. in
Augenschein, welche mit dem heutigen Tage ihr Ende erreicht. Kurz
nach 4 Uhr kehrten die hohen Herrschaften zur Stadt zurück und
konferierte darauf der König, im Beisein des Kronprinzen, mit dem
Minister v. Auerswald, unter dessen Vorsitz eine mehrstündige
Ministerkonferenz stattgefunden hatte. Abends erschien der Hof in
der Oper und nahm nach dem Schlusse der Vorstellung im kron-
prinzipalischen Palais den Thee ein. Heute wohnten die Majestäten
und die Mitglieder der königlichen Familie dem Vormittagsgottes-
dienste theils im Dome, theils in der Matthäikirche bei. Mittags
1 Uhr ist die hohe Jagdgemeinschaft mittels Extrazuges nach Leßlingen
gesfahren. In der Begleitung des Königs befanden sich die
sämtlichen königlichen Prinzen, die Fürsten und der Prinz Anton
Radziwill, der Minister v. Auerswald, v. Schleinitz, v. Noor ic.,
der russische Militärbevollmächtigte, General Graf Adlerberg, der
Generalfeldmarschall v. Wrangel, die Generaladjutanten v. Alvens-
leben und v. Manteuffel, die Flügeladjutanten v. Boyen, v. Strub-
berg, v. Boë, Hofrat Borchic. Bei der Absahrt waren der Stadt-
kommandant v. Alvensleben, der interimistische Polizeipräsident
v. Winter und der Geheimrat Illaire anwesend. Der Extrazug
bestand aus dem Salonwagen, 3 Personen, 1 Packet- und 1 Equi-
pagewagen; die Personenzahl, infl. der Dienerschaft, betrug 81.
An den Hofjagden in der Leßlinger Forst werden auch der Groß-
herzog und der Herzog Wilhelm von Mecklenburg-Schwerin, die
Herzöge von Braunschweig und von Nassau, der Erbprinz von An-
halt-Dessau und andere fürstliche Personen teilnehmen. Die Rück-
kehr erfolgt am Mittwoch Nachmittags 4½ Uhr. — Der König
hat das Protektorat des Vereins zur Besserung der Strafgefangenen
übernommen. Der hochselige König führte dasselbe schon als
Kronprinz. — Die in Berlin gewählten Abgeordneten Waldeck,
Lüwesten und Laddel haben, wie es heißt, hier abgelehnt und in den
auswärtigen Wahlkreisen angenommen. Es werden jetzt schon viele
Stimmen für Stadtrath Düncker und Dr. Böltz laut. Als die
künftigen Präsidenten des Abgeordnetenhauses werden schon genannt
Waldeck, Grabow und Laddel. — Gestern Abends fand in Arnims
Hotel der erste Juristenball statt und war ziemlich stark besucht.
Der Justizminister v. Bernuth befand sich in der Soirée des Kriegs-
ministers v. Noor. Die beiden nächsten Bälle sind am 11. Jan.
und am 14. Febr. — Allgemeine Theilnahme findet das vorgestern
Abend 8 Uhr plötzlich erfolgte Ableben des Hoflieferanten Her-
mann Gerson, Chef des weithin bekannten großartigen Waaren-
geschäfts. Der Verstorben war auf dem Wege von seinem Geschäft
nach seiner in der Thiergartenstraße belegenen Wohnung begriffen,
als er sich plötzlich unwohl fühlte. Er trat in die Ringe Apotheke
auf dem Potsdamer Platz und sagte: "Ich heiße Gerson, ich glaube,
ich sterbe, geben Sie mir ein Brausepulver." Dabei setzte er sich
auf einen Stuhl und verschwand gleich darauf. Ein Lungenschlag
hatte seinem thätigen Leben ein Ende gemacht. — Gestern fiel hier
der erste Schnee; heute haben wir Regenwetter.

[Kath. Mission.] Der Oberpräsident der Provinz Bran-
denburg bringt durch Erlass vom 21. v. M. zur öffentlichen Kennt-
nis, daß der Fürstbischof von Breslau zur besseren Befriedigung
des religiösen Bedürfnisses der in der Stadt Pasewalk und in deren
Umkreise von 2 Meilen wohnenden Katholiken eine ständige Mis-
sion in der Stadt Pasewalk errichtet hat.

[Über die bevorstehenden Ausgaben für Ver-
theidigungszwecke] enthält die „R. Z.“ folgende bemerkens-
werthe Angaben: „In militärischen Kreisen ist man der Ansicht,
daß durch die Verbesserung der Schußwaffen ein Umbau preußischer
Festungen erforderlich werde, und daß die Kosten so bedeutend sein
würden, daß sie nur durch eine Anleihe gedeckt werden können.
Wenn dies feststeht, so steht es auch fest, daß der Umbau und resp.
die Anleihe sich nicht lange mehr verschieben lassen. Denn wenn es

der Regierung gelingt, den Landtag von der Notwendigkeit des
Umbaues zu überzeugen, so wird ein gewissenhafter Abgeordneter
nicht die Verantwortlichkeit auf sich nehmen wollen, das Land un-
befestigt zu lassen, zumal da, wenn ein Krieg ausbricht, sich wohl
Mannschaften einberufen aber keine Festungen mehr bauen lassen.
Da dies alles klar ist, so ist eine Festungsanleihe, wenn auch nicht
in nächster, doch in naher Aussicht. Wir geben weiter und sagen
mit großer Bestimmtheit voraus, daß, sobald die Regierung nur
erst das Militärbudget mehr oder weniger nach Wunsch geregelt ha-
ben wird, aller Wahrscheinlichkeit nach die Forderung für den Fe-
stungsbau da sein wird. Es ist eine ganz verständige Taktik der
ministeriellen Presse, diesen Gegenstand vorläufig möglichst fern zu
halten von der Besprechung und ihn einer unbekümmerten Zukunft
zuzuweisen, aber der Gegenstand ist seiner Natur nach ein solcher,
daß er gar nicht lange verschoben werden kann. Was die Flottil-
anleihe betrifft, so erfahren wir jetzt durch eine offizielle Korrespondenz,
daß für die preußische Flotte jährlich 3 Millionen auf 15
Jahre, also zusammen 45 Millionen in Aussicht genommen sind,
die durch eine Anleihe auf einen kürzeren Zeitraum zusammengezo-
gen werden sollen. Für die Flotte haben wir stets geliefert. Wir
halten die Ausgabe für eine mindestens der dänischen gewachsene
Flotte für eine nothwendige. Wir glauben auch, daß Preußen
einige Millionen jährlich für eine, wie gesagt, nothwendige Aus-
gabe in Friedenszeit aus seinen regelmäßigen Einnahmen bestreiten
müsste.

[Die Arbeiten zur Grundsteuerregulirung.] Bei
den Grundsteuerarbeiten, welche mit großer Rücksicht betrieben
werden, sind augenblicklich 723 Feldmesser mit 474 Gehülfen und
Zöglingen beschäftigt. 70—80 Feldmesser sollen zum Frühjahr
noch engagiert werden. Im Ganzen bleiben 14—15 Millionen
Morgen ganz neu zu vermessen. Die Verwendung der vorhande-
nen Karten erfolgt, sofern sie nicht von den Besitzern dauernd zur
Verfügung gestellt werden, in der Art, daß von denselben Kopien
entnommen und diese durch Nachtragung der seit Aufnahme der
Originalien eingetretenen und bei der Veranlagung zu berücksichti-
genden Veränderungen vervollständigt werden. Das Kopieren
der Karten soll im Laufe des bevorstehenden Winters der Haupt-
sache nach beendet werden, damit im Frühjahr 1862 sämtliche
geometrischen Kräfte auf die Vervollständigung der Kopien durch
Nachtragung der vorgekommenen Veränderungen auf die bei den
Einfügungen erforderlichen Vermeidungen und auf die Neumei-
dungen verwendet werden können. Man glaubt, der Abschluß des
Veranlagungswerks werde bis zu dem gesetzlich bestimmten Zeit-
punkte am 1. Januar 1865 zu erreichen sein. Der Kostenaufwand
wird jedenfalls den vorläufig in Aussicht genommenen Kostenan-
schlag übersteigen. (Magd. Btg.)

Schlesien. (Vom Hofe; Tagess-
nachrichten.) Seit einigen Tagen weilt hier eine ansehnliche Slovaken-deputation
unter Führung des Neujoher Bischofs v. Moses, die zunächst
dem Kaiser die Bitten und Beschwerden der Slovakei vortragen,
dann aber auch bei dem Erzherzog Rainer, beim Staatsminister
und den anderen maßgebenden Staatsmännern ihre Aufwartung
machen will. Am 3. d. J. stand eine über fünf Stunden dauernde
Berathung statt, in welcher man, der „Presse“ zufolge, über folgende
Kardinalpunkte einig geworden ist: Der slovakischen Nation ist heilig
und unantastbar der Grundsatz der Staatseinheit, ebenso heilig der
Grundsatz der Integrität Ungarns; eben deshalb kann sie nicht eher
sich zufriedenstellen, bis sie nicht als Wojewodschaft des ungarischen
Königreichs anerkannt und organisiert wird. In der Adressé wird
offen gesagt, daß an den heftigsten Werthen Ereignissen des letzten
Jahres und den dermaligen Folgen nicht das slovakische Volk, son-
dern seine magyarischen Bedrücker die Schuld tragen. In den sehr
lebhaften Debatten wurde unter Anderem konstatiert, daß, obwohl
die deutsche Regierung weder dankbar, noch gerecht gegen die Slo-
vaken gewesen sei, der Slovakei dennoch in zwanzig Jahren nicht so
viele Unbilden vom deutschen Elemente erlitten habe, als vom
20. Okt. 1860 an von dem namenlosen Übermuth der Magyaren.
Einstimmig ist auch die Thatache anerkannt, daß die von der un-
garischen Hofkanzlei für die Slovakei ernannten f. f. Komitatskom-
missare, als entschiedene Magyaronen, die unmittelbare Wahl zum
Reichsparlament unmöglich machen werden. Die hervorragendsten
Männer bei dieser Berathung waren: Domherr Gerwen, Abt Got-
schar, Superintendent Kuzmany, Feldsuperior Szerebenyi, Hofrat
Hamerich, Pfarrer und Dechant Zadodni, Hirosh, Slotta, die Ad-
vokaten Francisci, Blas, Kardosch und viele Andere.

[Tagesnotizen.] Das Finanzministerium zeigt an:
„Nachdem die festgesetzte Zahl der zur Hinausgabe bestimmten
Münztheine bereits erreicht ist, werden neue Münztheine künftig
nur mehr im Wege der Verwechslung gegen unbrauchbar gewordene
Münztheine ausgegeben.“ Nach der ursprünglichen Verordnung
soll die Maximalsumme der auszugebenden Münztheine 12 Mill.
Gulden betragen. — Der Erzbischof von Lemberg hat einen Hinter-
brief erlassen, womit das Absingen national-polnischer Lieder in
den Kirchen vom katholischen Standpunkt verpönt wird. Dieser
Auspruch hat im gegenwärtigen Augenblick eine über die Grenzen
Galiziens hinausreichende Bedeutung. — Dass der Domherr Graf
Forgach, weil er der Bruder des Hofkanzlers und ungeachtet er der
Verfasser des bekannten Schreibens ist, welches dem Primas eine

Verwarnung zugab, zum Administrator des Graner Komitats er-
nannt wurde, erregt neben einigem Staunen auch Unwillen Set-
zens der nicht magyarisch gesinnten Parteien. — Aus Ragusa geht
der „Bren. Corr.“ die Nachricht zu, daß dort ein Agent angehalten
wurde, welcher die Verbindung zwischen Ragusa und den Insurgen-
ten aufrecht erhalten sollte. Aus seinen Aussagen und seinen Papie-

Zuserrate
(1½ Sgr. für die fünfgespal-
tene Zeile oder deren Raum;
Reklamen verhältnismäßig
höher) sind an die Expedi-
tion zu richten und werden
für die an demselben Tage er-
scheinende Nummer nur bis
10 Uhr Vormittags an-
genommen.

ren soll sich ergeben, daß seine Sendung auf die österreichische Expe-
dition nach der Sutorina Bezug hatte und der Konsul einer frem-
den Macht bei der Sache mit im Spiele wäre.

[Die Insurrektion in den slavischen Provinzen
der Türkei] verdiente von Anfang her nicht jene Bedeutung, die
man ihr im westlichen Europa zulegen wollte; unter dem Banner
des Christenthums erhebt sich dort eine Barbarei, welche schlimmer
ist als das Osmanenthum, da sie nicht bloß jeder Kultur und Hu-
manität, sondern auch jeder staatlichen oder bürgerlichen Form le-
dig ist. Die Insurgenten insgesamt sind nichts als Banden, die
auf Plünderung und Viehraub ausgehen, bei denen Wort- und
Vertragsbruch zu den erlaubten Listen gehören. Den Führern ist
es um Macht zu thun, die Führten wollen etwas Geld, Getreide,
Schafe, Waffen erobern, jedoch von einer politischen Konstellation
haben die Alerwenigsten auch nur einen annähernden Begriff.
Montenegro war schon einmal verloren, wenn nicht die westlichen
Mächte der türkischen Armee Halt zugerufen hätten, und es wird
wieder verloren gehen, wenn die europäischen Mächte den türkischen
Heerführer walten lassen. Einzelne mätere Thaten der furchtlosen
Männer werden das Geschick nicht aufhalten. Die Insurrektion in
der Herzegowina verliert in sich selbst, wenn nicht von Serbien
aus oder von den Schwarzen Bergen eine Unterstützung zu Theil
wird. Eine solche wähnt die weniger einsichtsvollen Agitatoren
vom Fürsten Michael zu erlangen, der sich aber von Wien aus, wo
er seine Jugendzeit verlebte und noch immer die intimsten Bezie-
hungen unterhält, warnen ließ. Der türkische Gesandte, Fürst
Kalmaki, erhielt die bindendsten Zusagen, daß das österreichische
Gouvernement der Insurrektion in keiner Weise eine Subvention
oder Billigung zu Theil werden läßt, und die Westmächte so wie
Rußland hielten sich in gleicher Position. Von Frankreich mag das
sonderbar klingen, und es ist doch vollständig wahr, daß die Be-
richte seiner Agenten den früheren Sympathien starken Abbruch
thaten. Der Fürst von Montenegro wollte lange nicht von der ge-
änderten Situation Kunde nehmen und glaubte, kühn voraus
schreiten zu können; aber bald wurde er schwankend und sah sich von
allen moralischen und materiellen Hülfsquellen verlassen. In den
letzten Monaten erschienen einige Senatoren aus Cettigne in Wien
und holten sich hier Informationen, die nicht zu Gunsten der Er-
hebung lauteten; der russische Gesandte ermahnte ernst zur Nach-
giebigkeit. Allein in den Bergen war schon die Raublust erwacht
und die Führer täuschten sich und ihre Anhänger über die Schwäche
der türkischen Armee, die in der That von der Pforte ohne den
Nachschub von Material gelassen wurde. Dennoch war diese Hee-
resekabteilung annehmlich genug, die Insurgenten die Bedeutung
des Kampfes ermessen zu lassen, und Übermuth oder Ignoranz
muß es genannt werden, daß sie auch noch das österreichische Gou-
vernemt in die Bewegung hineinziehen. Was den Insurgenten-
Chef, Luka Vulacovich, bewog, der Aufruf zur Entfernung der
Kanonen nicht zu entsprechen, ist noch unaufgeklärt; da es zu
keinem Schutz kam, war er zu seinem Widerstand entschlossen, und
konnte daher nichts Anderes, als eine Demonstration begleichen.
Im hiesigen Kabinette wird der Episode keine Wichtigkeit beigelegt,
weil sie eben mit Vorwissen und Zustimmung der Türkei, Ruß-
lands, Englands und Frankreichs in Scène ging; die Insurrec-
tion selbst ist hierdurch zu einer lokalen Bewegung herabgedrückt,
ohne Zusammenhang mit Prinzipienfragen des europäischen Sta-
atenlebens. (R. Z.)

[Die estenische Brigade.] Zu den vielsachen Mit-
teilungen, welche bekanntlich seit längerer Zeit über die bevorstehende
Auflösung der sogenannten estenischen Brigade im Umlauf sind,
wird der „Presse“ aus Benedig geschrieben, daß dort von der Be-
absichtigung eines solchen Arrangements bisher nicht das Mindeste
bekannt ist. Es sei vielmehr bei den jüngsten Standes-Berminde-
rungen der zweiten Armee ausdrücklich auf den Fortbestand dieser
Brigade Rücksicht genommen worden, und Herzog Franz V.
habe erst vor Kurzem zur Bestreitung einiger außergewöhnlicher
Ausgaben eine beträchtliche Anweisung auf seine Privatschatulle
ausgestellt. Das Neuerste, was demnach zu erwarten stände,
wäre, daß keine weitere Vermehrung jener Truppe eintrate und
es den ausgedienten Kapitulanten freigestellt würde, nach Belieben
in ihre Heimat zurückzukehren. Die Angaben stehen mit dem
hier seit einigen Tagen verbreiteten Gerüchte in einem gewissen
Widerspruch, laut welchem in dem Budget des Kriegsministeriums,
wie dasselbe für den Reichsrath ausgearbeitet wurde, das modene-
sische Corps nicht figuriren soll.

[Bayern.] München, 6. Dezbr. [Diplomatiche.] Der König hat vorgestern den neuernannten Gesandten Frankreichs, Grafen Reculot, und hierauf den neuen Geschäftsträger des Königs Franz II. von Neapel, Grafen Cito, in besonderen Audienzen empfangen und deren Beglaubigungsschreiben entgegengenommen. (R. Z.)

[Hannover.] Hannover, 6. Dezbr. [Das Disziplinarverfahren
gegen Stüve] wird nicht fortgesetzt werden. Wie die „B. Z. N.“
hört, ist die Aufrufung an Stüve, sich vernehmen zu lassen, von
der königl. Landdrostei zu Osnabrück (v. Lütken) auf eigene Hand
ausgegangen und hat nicht die Billigung des Ministeriums ge-
funden.

[Württemberg.] Stuttgart, 6. Dezember. [Entscheidung der
Kammer über das Adels-Entschädigungsgefeß.] Die Kammer hat
am Dienstag eine Entscheidung getroffen, auf welche das Land schon lange unge-
duldig wartete, sie hat damit zugleich dem Ministerium Linden eine Niederlage
bereitet, welche unter normalen Umständen für seine Existenz entscheidend sein
müsste. In sicherer Ahnung des Ergebnisses wollte auch das Ministerium das
Entschädigungsgefeß (für den durch die Ablösungsgefeße von 1848 und 1849
betroffenen Adeligen und Körporationen) gar nicht mehr in dieser Session auf
die Tagesordnung gelegt wissen, aber die Opposition drang darauf, daß endlich

ein unzweideutiges Votum der Landesvertretung über diesen aus der Blüthezeit der Reaktion stammenden Gesetzentwurf erfolge. Dass damals der Adel und die Stiftungen als verächtlich wurden, dass der Ablösungsmaßstab ein ungerechter und ungünstiger war, lässt sich allerdings nicht leugnen, allein es fragt sich, ob, was nun seit dreizehn Jahren als Recht gilt, abermals umgestoßen, ob, um das Unrecht gut zu machen, neues Unrecht begangen werden sollte. Denn ein Unrecht würde entstehen, wenn man die Entschädigung, die auf 40 Millionen berechnet, auch auf diejenigen verteilen, ein Unrecht, wenn man sie dem Staat aufbürden und so auch die Nichtbelehlten in Weitbeitragschaft ziehen würde. Dies war die Haupthypothese, vor der Entschädigung leisten sollte, nachdem in einer Reihe von Jahren der jegliche Rechtsstand sich bestätigt hatte. Dazu kam aber weiter noch das politische Moment, dass durch die Gesetzgebung von 1848 und 1849 der Grundzusatz der Gleichheit vor dem Gesetz, wenn auch in schroffer Weise, zur Anerkennung gebracht wurde, ein Grundsatz, der durch die von der Regierung einstimmig mit den Standesherren abgeschlossene Vereinbarung aufs Tiefste verfestigt wurde, und durch Annahme des Gesetzentwurfs wieder den alten Privilegen Platz machen würde. Endlich, aber, kam noch, als drittes Moment die Frage der Kompetenz des Bundestages in Betracht, und auch in dieser Beziehung konnte die Entscheidung, welche die Kammer zu treffen hatte, nicht zweifelhaft sein. In der Kommission waren drei Anträge vertreten. Ein Mitglied beantragte in die Beratung des Gesetzentwurfs einzugehen und über den von der Mehrheit beantragten Protest gegen die Einmischung des Bundes zur Tagesordnung überzugehen. Die Mehrheit der Kommission dagegen beantragte folgendes entscheidende Votum: „Die Kammer wolle 1) aussprechen, dass sie die zwischen der königlichen Staatsregierung und dem Bevollmächtigten des standesherrlichen Konsortiums unter dem 22. März 1856 abgeschlossene Vereinbarung ihren Nachträgen den Rechten und Interessen des Landes nicht entsprechend zu erachten vermöge; 2) dem Gesetzentwurf zu Ergänzung der Bestimmungen über Gefall- und Bezahlbauten, unter Ablehnung der Vorstellung desselben im Einzelnen, ihre Zustimmung versagen; 3) an die Staatsregierung die dringende Bitte richten, den Anprüchen der Standesherren gegenüber die formelle und materielle Gültigkeit der Ablösungsgesetze nach jeder Richtung hin mit Entschiedenheit aufrecht zu erhalten; 4) gegen die von der deutschen Bundesversammlung in Anspruch genommene Zuständigkeit zu Erledigung der von den Standesherren und der früheren Reichsbehörde bezüglich der Ablösungsgesetze erhobenen Beschwerden, so wie gegen jedes einstige Vorgehen der Regierung in dieser Angelegenheit die verfassungsmäßigen Rechte des Landes verwahren.“ Die Sache der Regierung wurde durch Dr. v. Linden, Schuster und v. Barnabüller geführt, die Hauptangriffe der Opposition kamen von Höldern, Wohl und Probst. Wohl bestritt namentlich in lebhaftester Weise die Kompetenz des Bundestages zur Einmischung in diese Sache, zeigte an Rücksicht, wohin der Grundzusatz der Einmischung des Bundes in die inneren Landesverhältnisse führe, und griff mit den scharfsinnigen Waffen des Ministeriums Lüdens an, das bei seinen Gründsätzen und bei seiner bisherigen Politik nicht länger die Interessen des Landes vertreten könnte. Die Abstimmung ergab einen unerwartet glänzenden Sieg der Opposition. Der Abgeordnete Schuster z.B. nahm den Schluss der Debatte seinen völlig auffälligen Antrag zurück. Der Antrag auf Tagesordnung wurde mit 60 gegen 25 Stimmen verworfen und der Antrag der Kommission mehrheitlich mit 61 gegen 24 Stimmen angenommen. Die Abstimmung ist um so bedeutender, wenn man erwägt, dass die Mehrheit fast ausschließlich aus Privilegierten bestand, aus den Ritter- und Prälatenhaus. Von den bürgerlichen Abgeordneten stimmten bloß drei Mitglieder mit der Regierung. Es musste sich nur zeigen, ob das Ministerium Linden stark genug ist, auch diese Niederlage auszuhalten und zu überdauern. Es wäre nicht unmöglich, dass diejenige Fraktion im Geheimen Rath, welche schon früher am Sturz des Hrn. v. Linden arbeitete, diese Gelegenheit benutzt, um ihre Angriffe zu erneuern. Ob freilich der eventuelle Nachfolger des Hrn. v. Linden mit großer Freude begrüßt werden würde, ist eine andere Frage.

Hamburg, 6. Dez. [Accisefrage.] In der vorgestrigen Sitzung der Bürgerschaft wurde nach langer Debatte der prinzipielle Antrag des Senats auf Verlängerung der proponierten Accise-Ordnung für ein Jahr in geheimer Abstimmung mit 89 gegen 74 und der eventuelle Antrag auf Verlängerung derselben für ein halbes Jahr gleichfalls in geheimer Abstimmung mit 87 gegen 74 Stimmen abgelehnt. (D. B. H.)

Baden, Karlsruhe, 6. Dez. [Burdeutschenfrage.] Die halbamtl. „Karlsruher Ztg.“ bringt unter der vorstehenden Überschrift einen längeren Artikel, der in seinem Eingange gegen die „Allg. B.“ gerichtet ist, welche über die angeblichen Reformprojekte Badens in sehr entschiedener Weise den Stab gebrochen hatte. Durch die inzwischen gehaltene Thronrede bemerkte die „Karlsruher Ztg.“, sei die Sache in einer der Hypothese entzogenes Stadion getreten. Darin, dass die Thronrede keinerlei Andeutung über Schritte enthalte, welche die Regierung in der deutschen Frage gethan haben solle, liege wohl der vollständige Beweis, dass in der That alle Gerüchte von einer badischen Zirkularrede über die deutsche Frage, von Anfragen und Unterhandlungen darüber in Berlin und Wien wenigstens in so weit unbegründet seien, als sie auf einen mehr als vorläufigen, unverbindlichen Gedanken austausch bezogen würden. Die Unterstützung, heißt es weiter, welche die Regierung von den Vertretern des Landes für die Lösung der deutschen Frage erwartet, schließe auch eine Mitwirkung derselben in sich; sie habe zuerst unter ihren deutschen Bundesgenossen in der Frage der gemeinsamen Gesetzgebung ihre Stimme für das unverkennbare Recht des Standes erhoben. Die Adressdebatten würden ihr Gelegenheit bieten, in Ausführung der Gedanken der Thronrede, ihre Ansichten über die Wünsche und Bedürfnisse Deutschlands zu entwickeln und so über die Frage, deren Erledigung von allen Seiten hier immer dringender werde, zum ersten Male eine eingängliche Erörterung einer mit öffentlicher Autorität ausgerüsteten Versammlung zu veranlassen. „So kurz die Thronrede gehalten ist“, sagt die „Karlsruher Ztg.“ dann näher eingehend, „so inhaltschwier sind doch ihre Worte. Eingedekl. der schlichten und doch so tiefen Wahrheit, dass alle Energie des Handelns durch die Einheit und Ungetheiltheit des Willens bedingt ist, fordert sie eine einheitliche Gewalt zur Vertretung deutscher Rechts und zur Verwerthung deutscher Macht. Wollen wir dem Auslande gegenüber zum Schirm unseres Rechts und zur Wahrung unserer Interessen mit der Wucht eines einheitlichen Volkes auftreten, nun gut, so müssen wir uns auch einheitlich konstituieren und die ganze reiche Fülle unserer Kräfte einem einzigen Willen zur Verfügung stellen. Eng aneinander geschlossen zu Schutz und Trug gegenüber der Fremde, wollen wir in den heimischen Angelegenheiten jeder das Regiment nach seiner Art gesetzt haben. Dass diese Selbständigkeit der Einzelstaaten, wie der deutsche Genius sie will, erst in der einheitlichen Zusammenfassung aller deutschen Kräfte gegenüber dem Auslande ihre sichere Stütze findet, ist eine Wahrheit, welche namentlich diejenigen beherzigen sollten, welchen das in so bestimmte Grenzen eingeschlossene, mehr scheinbare als wirkliche Opfer immer noch zu groß erscheint.. Die Thronrede begnügt sich damit, den Kern- und Mittelpunkt aller deutsch-nationalen Wünsche als das von der Regierung erstrebt Ziel zu bezeichnen; sie vermeidet es, die Art der für ganz Deutschland postulierten einheitlichen Gewalt näher zu charakterisieren oder gar bestimmte Wege für Errreichung des Ziels anzugeben. Die erste ist durch die Natur der gegebenen Verhältnisse mit solcher Nothwendigkeit bestimmt, dass eine ausdrückliche Erklärung darüber in

feierlichster Form nicht nötig erscheinen möchte; die zweiten sind nach Zeit und Umständen so wandelbar, dass darüber der Zukunft voreilende Eröffnungen nicht möglich sind. Wie die konstitutionell-monarchische Staatsform in ganz Deutschland mit nichtnennenswerten Ausnahmen eingebürgert ist, so ist auch die Konstituierung des Gesamtdeutschlands in anderer Form nicht denkbar. Das ge-einigte Deutschland kann nur aus dem einmütigen Willen aller deutschen Völker hervorgehen, der Leiter desselben wird seine Macht stets nur auf eben diesen staatsrechtlich organisierten Willen, auf ein deutsches Parlament zu stützen vermögen. Selbst wenn Baden über bedeutendere Kräfte zu verfügen hätte, als in Wirklichkeit der Fall ist, müsste es darauf verzichten, das erhabene Ziel deutscher Sehnsucht von heute auf morgen ins Leben zu rufen. Die erste, die jetzt mögliche und eben darum auch gebotene That ist Verständigung über das Ziel. Kleinnützige und Spötter mögen davon gering denken; wir glauben an die zündende, fortwirksame Macht des Gedankens. Wenn unsere Regierung den heißen Wünschen aller deutschen Patrioten einen mächtigen Ausdruck verleiht, deutliche Macht zu begründen für die Wahrnehmung deutscher Interessen, welche andere Verwendung dieser Macht länge näher und wäre dringender geboten durch alle Rücksichten der Politik und alle Sympathien unseres Volkes, als die für den verbündeten Kaiserstaat, mit welchem eine innigere Verbindung einzugeben ihm und uns unmöglich ist, mit welchem aber die bestehenden Bande zu erhalten und zu festigen alle gegenseitigen Interessen erschienen! Möglicherweise das Wiener Kabinett den Metternichschen Traditionen folgt, bis es durch noch bittere Not, eines Besseren belehrt wird. Der italienische Krieg konnte Österreichs Staatsmänner überzeugen, dass Metternich und Schwarzenberg sich täuschen, wenn sie von einem durch Zersplitterung ohnmächtigen Deutschland eine Kräftigung Österreichs erwarteten. Wir wünschten im beiderseitigen Interesse eine baldige Umkehr von diesem verderblichen Irrthum. Das „zu spät“ würde aber für Österreich verhängnisvoller sein, als für uns, und wir glauben in seinem wie in unserem Interesse zu handeln, wenn wir unser Volk ermahnen, nicht ohne weiteres Das als unpraktisch fallen zu lassen, was eine bestimmte politische Richtung für unpraktisch erklärt, sondern festzuhalten an dem Glauben von der Alles überwältigenden Macht der Idee. Ist erst der Gedanke und der Entschluss: wir wollen ein Volk sein, in allen deutschen Köpfen und in allen deutschen Herzen festgewurzelt, so wird auch seine praktische Verwirklichung nicht lange auf sich warten lassen.“

— [Vom Landtag; Verwahrung.] In der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde mitgetheilt, dass der Großherzog, den Abgeordneten Hofgerichtsrath Hildebrandt, welcher bei der Wahl der drei Kandidaten zur Präsidentenwürde am meisten Stimmen erhalten hatte, zum Präsidenten der Zweiten Kammer ernannt habe. Zu Vizepräsidenten wurden gestern erwählt: Schaaff, Geh. Rath und Regierungsdirektor, mit 33 von 55 Stimmen zum ersten und Hofapotheke Kirchner mit 31 Stimmen zum zweiten Vizepräsidenten. Der Erzbischof von Freiburg hat nun die Verordnungen über Pründelbelebung und Kirchenvermögensverwaltung seinerseits ebenfalls proklamiert, jedoch mit dem Beschluss: „Es soll der Unsererseits durch bewirkte Vollzug der Verordnungen den Rechten des heiligen Stuhles keinen Eintrag thun, weshalb Wir an Unserm Theile solche ausdrücklich gewahrt und die Bestätigung des heiligen Stuhles vorbehalten haben.“ (N. P. 3.)

Heidelberg, 5. Dez. [Gedächtnissfeier.] Die hier studirenden Polen hielten am 29. v. Mis. zum Andenken des Ausbruchs der polnischen Revolution im Jahre 1830 eine kleine Gedächtnissfeier.

Frankfurt a. M., 6. Dez. [In der gestrigen Bundestagssitzung] gaben die Gesandten von Preussen, Baden und der 13. Kurie (Großherzoglich und herzoglich sächsische Häuser) für Sachsen-Weimar Erklärungen gegen die Erklärung der hessischen Regierung vom 14. Nov., wesentlich mit Bezug auf die in letzterer enthaltenen Ansätze ab. Sachlich sich vorbehaltend. Es erfolgte sodann die Abstimmung über die Anträge der Majorität des handelspolitischen Ausschusses in Betreff Einführung einer gemeinschaftlichen Patentgesetzgebung für die deutschen Bundesstaaten vom 1. August d. J. Die Majorität nahm dieselben an; Preussen und einige andere Regierungen stimmten dagegen, jenes unter Bezug auf seine bekannte Aeußerung vom 1. August, in welcher die wesentlichen Bedenken über die vorgeschlagene formelle Behandlung der Sache, wie über die praktische Ausführbarkeit der beabsichtigten Einführung des Nähern entwickelt sind, ohne die Wichtigkeit einer möglichst ausgedehnten gleichen Patentgesetzgebung zu erkennen (bekanntlich bereitet ja auch Preussen einen vollständigen Entwurf vor). Jene Beschlüsse lauten dahin: 1) am Sitz der Bundesversammlung eine Kommission von Fachmännern zur Ausarbeitung gutachtlicher Vorschläge für eine der sämmtlichen Bundesstaaten gemeinsame Regelung der zum Schutz für Erfindungen aufzustellenden Vorschriften zusammenzutreten zu lassen; 2) zu dem Ende aber vorerst an die hohen Regierungen, welche geneigt wären, zu dieser Kommission auf eigene Kosten sachverständige Kommissare abzuordnen, durch Vermittelung der Herren Bundestagsgesandten das Ergebnis zu richten, hierüber innerhalb einer Frist von 6 Wochen Anzeige zu machen. Mehrere Vorträge betrafen Festungs- und sonstige Militärangelegenheiten, auch Gesuche früherer Flottenoffiziere. Zur Anzeige kam die Ernennung des Geh. Rathes v. Linde zum Bundestagsgesandten für Neuz. alt. Ante. (A. P. 3.)

Sächs. Herzogth. Coburg, 6. Dez. [Monarchisches Prinzip und Justizpflege in Bayern.] Unter dieser Rubrik bringt die „Coburger Ztg.“ an der Spitze ihres Blattes folgenden, wohl offiziellen Artikel: „Der in München erscheinende „Volksbote für den Bürger und Landmann“ enthielt in Nr. 158 einen aus München vom 13. Juli d. J. datirten Artikel, der sich über das allgemeine deutsche Schützenfest, welches zu Anfang des Monats Juli d. J. in Gotha gehalten wurde, und insbesondere über die Beteiligung des Herzogs Ernst von Coburg-Gotha an diesem Feste in sehr unpassender Weise ausspricht, und namentlich folgende Stellen enthält:

„Nach Gotha hat der Herzog Ernst bekanntlich ein „allgemeines Schützenfest“ zusammengezogen, jedoch nicht bloß um die Stützen auf die Scheiben knallen zu lassen. Wie von Anfang vorausgesehen werden konnte, war das wahre Ziel, auf welches die Ansichten des Nationalvereinlichen Herbergswäters hinausgingen, ein rein politisches, und zwar kein anderes, als unter dem Auswählgeld eines Schützenfestes den Werths für den Nationalverein aufzuschlagen. — Zu verwundern ist auch nicht, dass der Herzog selber sich bei diesem Schützenfest produziert hat, wo es ja so leicht für den kleinen Fürsten war,

einen großen Mann zu spielen. In wieweit es ihm gelungen sei, nachdem er seine eigenen Landesfürst-Truppen für einen Generalshut an Preußen abgetreten hat, auch die zusammengestrommten Schützen zu verschwärzen, erhebt noch nicht; jedenfalls hat er's an Reden nicht fehlen lassen. Gleich bei der Eröffnung hat er sich als Redemacher produziert, und dabei den Schützen mit zusammen allerleitzeitig seine Bruderschaft angefragt, wobei aber doch vielleicht Einem oder dem Anderen das alte Sieg eingefallen sein mag: „Du bist der beste Bruder auch nicht.“ — Worauf es dabei abgesehen ist, und was mit diesem „allgemeinen Schützen-Bund“ bewirkt werden will, kann natürlich für keinen Urtheilsfähigen zweifelhaft sein; die Schützen sollen eben „allgemein“ ein Corps für den Nationalverein werden und gegen die Selbständigkeit ihrer eigenen Länder zu Gunsten der „preußischen Spiege“ ausgebettet werden, so dass Herzog Ernst doch den preußischen Generalshut infosofern nicht umsonst erhalten hat, als er den Generalwerber zu einem Verpreungschor abgibt. — Bekanntlich will aber der Herzog Ernst auch auf dem bevorstehenden Nürnberger Sängertag seine Figur spielen. — Wenn vielleicht auch der Darmstädter Advokat und Vereinsfreunde Meß sich dort nicht produzieren mag, so wird eben Herzog Ernst seinen Erzähler abgeben und die Nürnberger Freimaurerlogen werden das Thinge thun, um den Bruder Ernst gehörig auf den Leichter zu stellen.“

Dieser Artikel hat zu einer in den Annalen der Kriminalstatistik bemerkenswerten Entscheidung Anlass gegeben. Das bairische Pregegesetz vom Jahre 1850 bestimmt nämlich Folgendes:

Art. 12. Wer in einer Schrift den König oder die Königin durch Verleumdung, Schmähung, herabwürdigende Spott oder durch Beleidigung verächtlicher Handlungen oder Gefügnissen beleidigt, oder denselben auf irgend eine andere Art Verachtung begeigt hat Gefängnis von ein bis vier Jahren verurteilt. Art. 22. Wer in einer Schrift das Oberhaupt eines auswärtigen Staates auf die im Art. 12 bezeichnete Weise beleidigt wird, wird mit Gefängnis von einem Monat bis zu einem Jahre bestraft. Art. 25. Die Art. 22 finden nur bei jenen angewendet, von deren Regierungen der Grundsatz der Gegenseitigkeit

Art. 12. Wer in einer Schrift den König oder die Königin durch Verleumdung, Schmähung, herabwürdigende Spott oder durch Beleidigung verächtlicher Handlungen oder Gefügnissen beleidigt, oder denselben auf irgend eine andere Art Verachtung begeigt hat Gefängnis von ein bis vier Jahren verurteilt. Art. 22. Wer in einer Schrift das Oberhaupt eines auswärtigen Staates auf die im Art. 12 bezeichnete Weise beleidigt wird, wird mit Gefängnis von einem Monat bis zu einem Jahre bestraft. Art. 25. Die Art. 22 finden nur bei jenen angewendet, von deren Regierungen der Grundsatz der Gegenseitigkeit

Der Grundzusatz der Gegenseitigkeit ist durch eine auf Antrag Bayerns mit Coburg-Gotha bereits im Jahre 1851 geschlossene Vereinbarung zur Geltung gebracht. Auf Grund dieser Vereinbarung und der angeführten Bestimmungen des bairischen Pregegesetzes wurde von Coburg-Gotha aus durch die Staatsanwaltschaft gegen den Verfasser des gedachten Artikels im „Volksboten“ und den Redakteur des letzteren die Einleitung einer Untersuchung und die ausgangliche Bestrafung wegen Beleidigung des Herzogs bei dem kompetenten bairischen Gericht beantragt. Und welches war der Erfolg dieses Antrages! Er wurde zurückgewiesen, und zwar sowohl von dem Untersuchungsrichter des Bezirksgerichts zu München, als auch auf eingewendete Berufung von dem Appellationsgerichte von Oberbayern zurückgewiesen, weil in dem mehrermäntigen Zeitungsartikel die Voraussetzungen des Art. 12 des Pregegesetzes nicht gefunden werden könnten, also weil in jenem Artikel eine Beleidigung des Herzogs von Coburg-Gotha nicht enthalten sei! Bayern gehört bekanntlich zu den Staaten, in welchen man den Schutz des monarchischen Prinzips besonders hoch hält. Der vorliegende Fall enthält den praktischen Beleg, wie dieser Schutz in Bezug auf das Oberhaupt eines benachbarten deutschen Staates geübt wird, in dem sich freilich die politische Stromung nach weitlicher anderer Richtung hinbewegt, als in gewissen Kreisen des mehrgenannten größeren Nachbarstaates. Das übrigens in dem letzten der Begriff der Beleidigung, sonst noch in ziemlich weiter Ausdehnung vorhanden ist, zeigt das bekannte Urteil gegen E. M. Arndt.

Gotha, 7. Dez. [Sagungen für den Schützenbund.] Wie von dem Vorsitzenden des Ausschusses für den allgemeinen deutschen Schützenbund, Staatsanwalt Sterzing, hier bekannt gemacht wird, sind die in der Braunschweiger Konferenz festgestellten Vereinbarungen mit dem 1. d. ins Leben getreten. Es hat jedoch der Ausschuss es für zählich erachtet, betreffe der Schützenwaffe vorläufig von jedem Zwange abzusehen, nur die Einrichtung wie beim schweizer Jägergewehr und das Lorenz-Wolffsche Geschos zu empfehlen. Auch beziehen sich die im §. 56 der Bundesapostolien getroffenen Bestimmungen lediglich auf die äußere Form der Waffe, mit Ausnahme des Kalibers.

Großbritannien und Irland. London, 5. Dez. [Königliche Proklamation.] Eine außerordentliche Beilage der offiziellen „Gazette“ veröffentlicht eine (telegraphisch schon angezeigte) neue Proklamation der Königin, in welcher die Ausfuhr und Küstenverschiffung von Waffen, Schießbedarf, Kriegsvorräthen, einschließlich Bündelkapseln aller Art und Blei verboten wird. Diese Proklamation ist in einem gestern unter dem Siegel der Königin gehaltenen Geheimen Rathe genehmigt worden, und treten deren Verhüllungen auch vom Tage ihrer Veröffentlichung in Kraft. Außerdem sind von der Admiralität neuerdings Befehle nach verschiedenen Kriegshäfen ertheilt worden, um einzelne Schiffe für den aktiven Dienst bereit zu halten. Sämtliche Kanonboote werden mit schweren Armstrongkanonen bewaffnet, und aus den Vorräthen des Tower werden 30,000 Flinten mit Zubehör nach Kanada verschiffen.

Die Kontroverse über die „Trent-Angelegenheit“ knüpft heute vorzugsweise an das in Pariser Blättern erschienene Schreiben des amerikanischen Generals Scott an (s. unten). Die „Times“, die den Schreiben Scotts sehr wenig Gewicht belegt, sagt unter Anderem: „Herr Sumner in Boston, ein Verwandter des gleichnamigen Senators, sieht die im Jahre 1870 erfolgte Verhaftung des amerikanischen Bevollmächtigten Laurens, der auf dem „Mercury“ von Martinique nach Holland reiste, und bezeichnet den „Mercury“ als ein holländisches Boot. Der „Mercury“ war, wie aus mehreren gleichlichen Schriften hervorgeht, kein holländisches Schiff gewesen wäre, Herr Sumner, wenn er denkt, dass irgend eine zivile Sprechfahrt erlaubt würde, aus jenem Fall einen Schluss auf das zu ziehen, was heutigen Tages Völkerrecht ist. Ein Unrecht, hundertmal begangen, wird dadurch nicht zum Recht. Die Blätter der Geschichte, so weit sie zurückreichen, strotzen von Gewaltthaten und Verbrechen, aber kein Moralphilosoph führt diese Thaten als Beweis dafür an, dass dieselben Handlungen heutzutage etwas Tugendhaftes sind. Wenn das Washingtoner Kabinett behaupten will, dass wir im Jahre 1861 uns von seinen Kreuzern jede Schwach anhaben lassen müssen, welche unsere Vorfahren je einer neutralen Flagge zufügten, so wissen wir, wie die Sache zwischen uns aussehen wird. Will es dagegen nicht so weit gehen, dann gehören diese Aufwiderhungen lange in Vergessenheit begraben. Gute Sache und sind außerdem ein Belohnung der Schwäche. Mit solchen Prädilektionen ist gar nichts beweisbar. Einen französischen Prädilettanz aus dem Jahre 1804 wird die Welt nicht leicht vergessen, denn das Opfer desselben blieb Herzog von Orléans. Aber die Franzosen würden nicht wenig verwundert sein, wenn die Amerikaner sich deshalb berechtigt glaubten, bei Havre zu landen und den Kapitänen irgend eines Schiffes fortzuschleppen. Im Juni 1853 verlangte ein amerikanischer Kapitän im Hafen von Syrma die Auslieferung eines ungarischen Flüchtlings, den der Kommandeur des österreichischen Kriegsschiffes „Ustaro“ vom Ufer geräubt hatte. Der Amerikaner machte sein Verdeck schlachtbereit und drohte auf den Österreicher zu feuern wegen eines Mannes, der auf dem Schiffs Amerika nicht mehr Auecht batte, als auf den Englands. Die Amerikaner werden aber kaum dafür halten, dass dieser Prädilettanz einen britischen Fregatten-Kapitän berechtigen könnte, in den Straßen von New York seine Stückpforten öffnen und der englischen Fregatte eine Breiteite gäbe. Und

erst vor wenigen Tagen bemächtigte sich ein föderalistischer (Union's) General einiger Reisenden aus Kalifornien, weil dieselben „südlicher Hinneigungen“ verdächtig waren, und führte sie als Gefangene durch das neutrale Gebiet von Neu-Granada, aller Proteste des neutralen Staates höhnischend. Wird das Washingtoner Kabinett zugeben, daß wir bei ehestem Gelegenheit uns auf diesen Präzedenzfall als eine Regel des Völkerrechts berufen? Wird Napoleon dem Dritten oder dem Kaiser von Österreich das Recht zustehen, einen französischen oder österreichischen Flüchtling etwa in Kanada aufzuziehen und durch die nördlichen Staaten bis New-York zur Einschiffung zu schleppen? Wir können den Amerikaner, wenn sie Lust haben, noch eine Menge solcher Präzedenzfälle liefern, und wir zweifeln nicht, daß sie eine erhebliche Anzahl auch gegen uns angusführen vermögen. Wir sind so wenig unbefleckt wie andere Leute. Als wir zugleich stark und scharf waren, hatten wir Manches, was nicht zu rechtfertigen ist. Wir schaften uns dann aus der Kleidung heraus, allein wir glaubten nie daran Präzedenzfälle machen zu können, noch waren andere Nationen je gewillt, sie als solche gelten zu lassen. Das Völkerrecht beruht zwar auf Präzedenzfällen, aber seine Regeln leitet es von dem maßgebenden Beispiel nur jener Handlungen ab, welche von allen Nationen gebilligt würden. Die modernen Gewaltheiten wurden fast unanwendbar gegen schwache Nationen begangen und erfuhrn nur die allgemeine Billigung der Menschheit. Die Amerikaner verlegten ohne Gefahr die territorialen Rechte der Türkei oder des kleinen Staates von Neu-Granada, und es war nicht möglich, durch einen Krieg zu ermitteln, was andere Nationen davon dachten. Wir Engländer dagegen behaupteten immer auf die Spitze gerücktes Recht gegen Starthen wie gegen den Schwachen, und gerade die Alte, deren sich die Bostoner Juristen als Präzedenz gegen uns bedienen möchten, waren die Urache, daß der ganze Nordosten gegen uns Bündnisse schloß. Das Völkerrecht, wie das Landesgesetz ändert sich mit den Bedürfnissen der Gesellschaft, und General Scott wie seine Freunde in Amerika müssen als Völkerrecht annehmen, nicht was wir oder Andere vor Avers gethan haben, sondern was man uns heutzutage zu thun gestatten würde.“ Diesen auch von anderen Seiten vorgebrachten Räsonnemens der „Times“ tritt in den Spalten von „Daily News“ ein Amerikaner mit einem langen Sendschreiben entgegen. „Das Gutachten der englischen Kronjuristen“ sagt der Amerikaner, „ungeachtet sehr geschickt die Hauptfrage, die nämlich, ob der „Trent“ die Neutralität verletzt hat oder nicht? Er tadeln bloß die Form des Verfahrens. Die Eigennägigkeit des amerikanischen Lieutenant Fairfax ist dieselbe, welche sich 1812 jeder englische Schiffslieutenant mit der Billigung seiner Regierung erlaubte. Kaufende von Amerikanern wurde von amerikanischen Schiffen unter dem meist falschen Vorwande, daß sie Engländer seien, durch einen einfachen Schiffslieutenant fortgeschleppt, ohne Prisengericht oder Urteil geprüft, zum Kriegsdienst gegen ihr Vaterland gezwungen oder gepeitscht, gehängt oder in Dartmoor eingekerkert. Ihr Engländer sagt, dieser Präzedenzfall beweise nichts; es sei unrecht gewesen, aber darum nicht Recht oder Prinzip. Hierauf ist zu entgegnen, daß England nach dem Kriege, den dies Verfahren veranlaßte, nicht nachgab, sondern sein Durchsuchungsrecht festhielt und wahrte. Sogar 1842 noch bedauerte Lord Abbernon, daß er nicht von Ihrer Majestät Regierung ermächtigt war, über eine Abänderung des Durchsuchungsrechts mit der amerikanischen Regierung zu unterhandeln. Das Recht ist also noch heute in Kraft. Seht, da die Amerikaner davon Gebrauch machen, erklärt man es für unmoralisch, unzeitgemäß! Es streite gegen den Geist der Zivilisation! Hat je ein Justiz, zumal ein englisches, mit solchen Gründen vor Gericht protestiert? Ist das Gesetz gegen den Gerechtigkeitsinn unserer Zeit, so muß es geändert werden. Über es geht nicht an, sich einmal auf den Buchstaben des Völkerrechts und ein andermal auf den Geist des Zeitalters zu berufen. Was aber die Form des Verfahrens betrifft, welch ein Zetergeschrei hätte sich in England erhoben, wenn der „Trent“ nach New-York gebracht und jammert Ladung und Passagieren während der ganzen Dauer des Prozesses, vielleicht ein halbes Jahr lang, festgehalten worden wäre? „Daily News“ selbst und der „Morning Star“ finden das Schreiben des freien Generals sehr liebenswürdig und Hoffnung erregend. Der „Star“ fürchtet nur die Wühlerien und Verbegungen jener nicht ganz kleinen Partei in England, die mit Sehnsucht auf „das Pläzen der republikanischen Blaue“ warte, die an Amerika alles Krete hofft, und nichts daran belobt als die Sklaverei. Der „Morning Herald“ kann dem Briefe Scotts keine Wichtigkeit beilegen. Der General sei, schon als Soldat und geborner Virginier, von einem besseren Geiste besetzt als die eigentlichen durch und durch demokratischen Yankees; aber wenn selbst Scott die Verlezung der britischen Flagge als eine Kleinigkeit zu betrachten scheine, so habe man von einem Herrn Seward gewiß nichts Gutes zu hoffen. Die „Morning Chronicle“ erwähnt eines Gerichts, wonach das englische Kabinett in zwei Sektionen gespalten wäre. Die Lords Palmerston und Russell, Graf Granville und der Herzog von Somerset seien für ein energisches Auftreten gegen Amerika, Sir J. C. Lewis, Milner Gibson und Gladstone seien für Nachgiebigkeit. Der „Morning Chronicle“ selbst ist dafür, in jedem Fall die jüdische Blockade aufzuheben. Der „Daily Telegraph“ prophezeit der englischen Kaufmannschaft im Falle eines Krieges furchtbare Verluste durch amerikanische Kaper, namentlich in den indischen, australischen und chinesischen Gewässern. Es seien dagegen schleunige und umfassende Vorsichtsmaßregeln notwendig.

[Die Kriegsflotte der Union'sstaaten] kann sich, so viel hier bekannt ist, noch lange nicht mit dem allein im Medway liegenden Reserve messen. Sie besteht nach den Angaben der „Times“ gegenwärtig aus 10 Segel-Linienschiffen, deren neuestes im Jahre 1837 gebaut worden war, aus 10 Segelfregatten, ebenfalls zumeist alten Datums, aus 20 Schaluppen, von denen nur eine später als 1844 gebaut wurde, aus 3 Briggs und 3 Transportschiffen; ferner aus 6 starken, 1854 und 1855 gebauten Dampffregatten und 26 Dampfschaluppen-ersten, zweiten und dritten Ranges, die 1-25 Geschütze führen. So war die Liste im Juni beschaffen. Seitdem sind an 100 Kaufschafer, so gut es eben ging, in Kriegsschiffe umgewandelt, d. h. mit 1 oder 2 leichten Kanonen bewaffnet worden. Von den an der Spitze der Liste aufgeföhrten 20 Linienschiffen und Fregatten soll kein einziges zum aktiven Kriegsdienste außerhalb der Häfen verwendbar sein. Die meisten datiren von 1818 und 1820. Einige davon hatten nie eine Kanone an Bord, und zwei wurden nie ausgebaut. Die Zahl der Flottenkapitäne, Kommanders und Lieutenants war beim Ausbruche des Bürgerkrieges von 450 auf ungefähr 200 zusammengezahlt, da über die Hälfte sich dem Süden angeschlossen hatte, unter diesen der durch seine wissenschaftlichen Forschungen berühmte Kommander Maury.

[Rüstungen.] Nach Chatham ist Befehl ertheilt worden, die Kriegsdampfer Phylades (21), Rattlesnake (21) und Galatea (26) ohne Verzug für den aktiven Dienst auszurüsten. Gleichzeitig müssen die in der ersten Flottentrese der Medway befindlichen Schraubendampfer Severn (51), Rosario (11) und Barrosa (21) zum Auslaufen bereit gehalten werden. Der Ophiusa (21) ist, wie verlautet, bestimmt, nach den amerikanischen Gewässern abzugehen, um vorerst Waffen und Munition nach Kanada zu transportiren. Am Warrior werden kleine Verbesserungen vorgenommen, doch ist auch dieser angewiesen, sich so weit fertig zu machen, um 12 Tage nach erhaltenem Orde in See stechen zu können. — Die gestern von der „Times“ als falsch bezeichnete Nachricht, daß die Regierung einen Cunarddampfer gemietet habe, um Truppen nach Kanada zu befördern, wird jetzt von demselben Blatte als richtig eingeräumt, nur mit dem Unterschiede, daß das betreffende Schiff nicht die Persia, sondern der Australasia (2700 Tonnen) war. Die Persia ist übrigens gestern gleichfalls zu demselben Zwecke gemietet worden. Auch der Schraubendampfer Melbourne geht mit Truppen, Waffen und Vorräthen nach dem St. Lorenzstrom oder nach Halifax ab. Auf den Werften zu Portsmouth herrscht seit einigen Tagen in Folge der Beziehungen zu Amerika eine ungemeine Rührigkeit. Die Fregatten Curialis, Sutlej und Glasgow werden in aller Eile ausgerüstet und die Admiralität hat 700 neue Arbeiter nach Portsmouth hinzugeordnet. Viel Arbeit wird für den Fall eines Krieges mit Amerika die Reparatur der Korvetten und Schaluppen verursachen, welche größtentheils einer gründlichen Ausbesserung bedürfen.

London, 6. Dezbr. [Tagesnotizen.] In Plymouth ist ein amerikanisches Schiff, „Lady Franklin“, verbrannt. Man glaubt, daß die Besatzung, die theilweise aus Südstaatern bestand, das Feuer angelegt habe; 8 von derselben haben sich heute Morgen aus dem Staube gemacht. Einen Matrosen zog man aus der erbrochenen Brantweinkammer; er war dem Erstickn nahe. — Der ungarische, später in türkische Dienste übergetretene General Kemethy, der von der Pforte pensionirt wurde, hat sich in London bleibend niedergelassen. — Dem leichtverstorbenen Marquis von Londonderry ist dieser Tage in Durham eine Reiterstatue gesetzt worden. Unter den Festrednern befand sich auch Benjamin Disraeli, doch ließ er kein Wort über eine der brennenden Tagesfragen fallen. — Am 3. d. starb im Alter von 80 Jahren Sir Peter Laurie, der älteste Aldermann der City von London, ein wegen seiner Ehrlichkeit eben so geschätzter, wie durch seine schroffen Manieren bekannte Mann. — Der Umstand, daß in der neuesten königlichen Proklamation bloß die Ausfuhr von Schießpulver, Salpeter, Schwefel und salpetersaurer Soda verbüten wurde, hat unter den Kaufleuten Bewunderung erregt, nachdem es bekannt ist, daß viele New Yorker Schiffe Schießwaffen nach den Unionshäfen führen und mehrere derselben in dieser Woche mit der Verladung derartiger Frachtstücke beschäftigt sind. — Es heißt, in der Nähe der Scilly-Inseln am Eingange des Kanals seien amerikanische Kreuzer und zwar sowohl Unionsschiffe, wie Schiffe des südlichen Bundes, erblickt worden. In Liverpool wollte man gestern wissen, das Unionsschiff „James Adger“ habe ein gegnerisches Fahrzeug aufgebracht und in den Hafen von Fayal gesleppt. — Kapitän Wilks, der Befehlshaber des „San Jacinto“, ist in England wohlbekannt. Er gehört zu den ältesten Seeoffizieren der Vereinigten Staaten und stand durch seine Vermählung in verwandschaftlichen Beziehungen zu Lord Jeffrey. Er ist derselbe, welcher die Entdeckungsreise von 1838 leitete. Es wird ihm Schuld gegeben, während derselben bei Gelegenheit einer Meuterei mit ungehörlicher Strenge und Willkür verfahren zu sein. Wenigstens ward er hinterher aus diesem Grunde vor ein Kriegsgericht gestellt. Englische Blätter sprechen von seinem Charakter mit Achtung, taedam jedoch seine Störigkeit und Laxlosigkeit. — Viele der in englischen Häfen liegenden amerikanischen Schiffe bereiten sich zur Heimfahrt vor, um nicht im Falle einer Kriegserklärung der Gefahr einer Beschlagnahme ausgesetzt zu sein. — Auf dem ostindischen Ame ist auf telegraphischem Wege die Nachricht von dem Tode des Gräfin Canning, Gemahlin des Generalgouverneurs von Indien, Carl Canning, eingetroffen. Lady Canning, geboren 1817, war eine Tochter des Lord Stuart de Rothesay. — Mehrere Blätter erzählen, daß Madame Slidell vermittelst ihrer Krinoline die Depeschen der Bevollmächtigten nach England gerettet habe. — In der neuesten Nummer des Manchester Guardian findet sich eine genaue Zusammenstellung der englischen Baumwoll-Fabriken, mit Angabe der gegenwärtig beschäftigten Arbeiterzahl. Daraus geht hervor, daß in 1233 Etablissements, die in gewöhnlichen Zeiten 266.507 Arbeiter beschäftigen, die Arbeitszeit gegenwärtig um 34 Prozent reduziert ist. Ganz ohne Beschäftigung sind dermalen 26.194 Arbeiter. Bis zu Weihnachten wird die Verminderung der Arbeitszeit wahrscheinlich 50 Prozent betragen. Viele Fabriken wollen dann eine Woche, andere einen ganzen Monat lang vollständig feiern. — Auf der nun weit vorgeschrittenen unterirdischen Eisenbahn Londons, die eine der westlichen Vorstädte mit dem projektierten Zentralbahnhof der City verbinden wird, ist die erste Probefahrt vorgenommen worden, die nach Wunsch ausgefallen ist. Die meilenlangen Tunnels sind hell mit Gas erleuchtet und trocken, die Wagen sind auf Bequemste eingerichtet, die Lüstung entspricht allen Anforderungen, die Lokomotiven sind so eingerichtet, daß sie in dem unterirdischen Raum keinen Rauch und Dampf von sich geben, und die Preise sollen so niedrig angesetzt werden, daß die neue Bahn mit den Omnibus in Konkurrenz wird treten können. Anfangs Mai wird die ganze Strecke dem Verkehr eröffnet werden. — Deerfoot, der indianische Schnellläufer, hat in Leeds im Wettkampf vier Engländer geschlagen. Er legte die Strecke von zehn englischen Meilen in 53 Minuten und 10 Sekunden zurück.

London, 7. Dez. [Teleg r.] Nach der heutigen „Times“ hat die Regierung den Dampfer „Persia“ zum Transport von Truppen nach Kanada gemietet. Derselbe wird mit dem „Australias“ binnen zehn Tagen abgehen. Die heutige „Morning Post“ meldet, daß der Dampfer „Melbourne“ mit einer Batterie von sechs Armstrongkanonen, Waffen und Munition mit anderen ähnlich beladenen Schiffen nach Kanada geben werde. — „Times“ und „Morning Post“ enthalten eine Kritik der Botschaft des Präsidenten der Konföderation.

Frankreich.

Paris, 6. Dezember. [Die amerikanische Frage; Matazzis; Broschüren über die römische Frage; zur Presse.] Die Minister und Mitglieder des Geheimen Rates waren gestern in den Tuilerien unter dem Botsitz des Kaisers versammelt. Man hat diesem Ministerrat eine grohe Bedeutung beigelegt, um so mehr, als es kein Geheimniß war, daß die amerikanische Frage einen wesentlichen Gegenstand der Berathung bildens solle. In dieser konzentriert sich das ganze Interesse des Tages, obgleich eine Entscheidung, ob Krieg oder Frieden, erst Ende des Monats erfolgen kann, dem Termin, an welchem eine Antwort des Kabinetts von Washington auf die Depesche des Grafen Russel eingetroffen sein kann. Dieser Umstand, dem das Publikum in seiner Ungeduld keine Rechnung trägt, ist dagegen im Rathe des Kaisers wohl berücksichtigt worden. Ich glaube wenigstens, Ihnen mithilfen zu können, daß jede Entscheidung aufgehoben worden ist, bis der Präsident Lincoln das entscheidende Wort gesprochen. Dieser Umstand nimmt den Mittheilungen einiger englischen Zeitungen einen wesentlichen Theil ihrer Bedeutung, welche behaupteten, die Anerkennung der Südstaaten durch Frankreich werde gleichzeitig mit der englischen erfolgen. Die Sympathien der Nation sind im Wesentlichen für den Norden, als dessen Ziel man mit Recht oder Unrecht, die Abschaffung der Sklaverei ansieht, und es fehlt nicht an Stimmen, welche es für unmöglich erklären, daß Frankreich die Sklaverei offiziell anerkennen könne. In anderen Kreisen, denen das Gefühl für die Freiheit abgeht und die daher in der Unterstüzung der Sklavenstaaten nicht eigentlich etwas Antagonistisches sehen, erblicken dies indessen in der Unterstüzung Englands, dessen Allianz ihnen seit ihrem Bestehen als ein Frieden mit dem Antichrist erscheint. Aus diesen Strömungen, welche sich in den beiden großen Parteien des Landes geltend machen, findet die Regierung einen Vorwand, um, wie wir gesehen, ihre Entscheidung hinauszuschieben, obgleich anzunehmen ist, daß eine energische Manifestation der französischen Regierung zu Gunsten der englischen Forderungen dieselben wirklich unterstützen würde. Die Haltung der übrigen europäischen Mächte bietet dem Kaiser gleichfalls eine Veranlassung, nicht zu voreilig mit der Anerkennung des Südens vorzugehen; man thieilt mir mit, daß er sich in einer Unterredung mit Lord Cowley dahin erklärt habe, nur in Gemeinschaft mit diesen einen solchen Schritt zu thun. In Folge dessen sind, wie man sagt, diese Kabinette in dieser Angelegenheit sondirt worden, allein während Preußen und Österreich sich der Anerkennung nicht abgeneigt gezeigt (2), hat man in Petersburg Schwierigkeiten erhoben. Seit einigen Tagen glaubt man den Grund dieser ablehnenden Antwort darin finden zu können, daß Russland auf eigene Hand seine Vermittelung angeboten. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß die Regierung von Washington ihrerseits nichts verabsäumt, um die ihr günstige Stimmung in den hiesigen Kreisen zu verstärken. Abgesehen von dem Prinzen Napoleon, der schon früher, so namentlich aber auch in der gefrigen Ministersitzung entschieden sich gegen die Anerkennung des Südens ausgesprochen hat, befindet sich hier ein formliches Komitéé, welches mit Wahrnehmung der nordamerikanischen Interessen beauftragt ist. Es sind dies der General Scott, der Gesandte am hiesigen Hofe, Dayton, der Generalkonsul Bigelow und der Erzbischof von New York, Hughes. Der Brief des Generals Scott, welcher am Mittwoch in den hiesigen Blättern veröffentlicht wurde (s. unten), war von jenen Herren berathen und verfaßt. Dieser Brief, welcher durch den Umstand, daß ihn die offiziellen Vertreter der Vereinigten Staaten verfaßt, nur an Bedeutung gewinnt, ist gewissermaßen als der erste Angriff gegen England zu betrachten. Er enthält einen den Gesetzen der Billigkeit entsprechenden Vorschlag zur friedlichen Aussöhnung des Konfliktes. Will England auf das Untersuchungsrecht verzichten, und das Recht der Neutralen auf weitergehenden und gerechteren Prinzipien als bisher begründen, so werden Regierung und Volk von Nordamerika freudig in die Freigabe der Gefangenen willigen. Will England dies Recht sich erhalten, so kann es füglich nicht erstaunen, wenn auch die Vereinigten Staaten dasselbe Recht nicht aufgeben; dies ist das wesentlichste Räsonnement des Briefes. Nicht mit Unrecht wird hervorgehoben, daß sich England in einer solchen Lage befindet, daß es gegen seine eigenen Antezedenzen zu kämpfen bereit ist. Man findet indessen, daß grade diejenigen, die sich in einer solchen Lage befinden, am hartnäckigsten ihre Forderungen behaupten. — Der Eintritt Matazzis in das italienische Ministerium ist entschieden und die Blätter des Gouvernements sind alle damit einverstanden. Natürlich! es ist ja zum Theil ihr Werk. Dagegen bleibt indessen Riccioli, kaum auf lange Zeit, wie seine hiesigen Freunde sagen. — Die Epoche der Broschüren ist augenblicklich dem Anschein nach in Paris beendet; jedenfalls ist ein momentaner Stillstand eingetreten; dagegen hat man sich in Turin dieser Waffe bemächtigt, und die Lösung der römischen Frage bietet Stoff genug. Ich glaube Ihnen neulich von einer neuen Broschüre Passaglia's berichtet und auch die Flugschrift eines Herrn Perfetti, ehemaligen Sekretärs des Kardinals Marini, erwähnt zu haben. Die letztere fängt an, erst allmäßig bekannt zu werden (man bereitet eine französische, auch eine deutsche Übersetzung vor); ich glaube daher nicht zu spät zu kommen, wenn ich mit einigen Worten ihren Inhalt erwähne und Sie namentlich auf den großen Fortschritt aufmerksam machen, der sich in der Auffassung der römischen Frage geltend macht. Nach Perfetti's Ansicht ist die weltliche Macht des Papstthums unhalbar verloren, und eine wahrhaft heilige Versöhnung der katholischen Kirche nur möglich, indem der Papst auf die Rechte und Auszeichnungen der irdischen Könige verzichtet, indem er wieder, wie in den ersten Jahrhunderten, einfach Bischof von Rom wird. Eine solche Umgestaltung der römischen Kirche kann natürlich nur geschehen, indem auch die Prinzipien, auf denen sie beruht, wenigstens theilweise geändert werden. Auf diese Weise wird nach Perfetti nicht bloß der kirchliche Geist der Katholiken neu belebt und gefestigt, sondern auch die übrigen Konfessionen wieder mit ihr vereinigt werden. Diese Aussicht dürfte natürlich ein frommer Wunsch bleiben allein man darf nicht vergessen, daß die Flugschrift wesentlich für den katholischen Clerus gefertigt ist. — In der Welt der Journalisten, die ein ziemlich abgeschlossenes Dalein hier führt, zirkuirt die Nachricht, daß gegen die Korrespondenten der in- und ausländischen Blätter strenge Maßregeln angewandt werden sollen. Man spricht von der Ertheilung einer Erlaubnisurkarte gegen Deponir einer Kavitation unter der Bedingung, sich monatlich auf der Polizeipräfektur zu melden u. dergl. m. Sie werden erkennen, daß es sich um einen Scherz handelt, mit welchem man einigen Leichtgläubigen einen Schreck eingejagt. Dagegen dürfte sich bestätigen, daß die Korrespondenzen in französischen Zeitungen von ihren Verfassern unterzeichnet werden sollen.

Paris, 5. Dez. [Tagesbericht.] General Scott, dessen Brief in England die beruhigende Wirkung, die er, gestern wenigstens, an der hiesigen Börse hatte, nicht hervorzu bringen scheint, ist aus Gesundheitsrücksichten hierher gekommen. Der nun 83jährige Greis leidet an der Wassersucht und hofft, hier ärztliche Eindeutung seines Uebels zu finden. Vor gestern hat er die französischen Offiziere, welche früher in der Unionsarmee gedient, empfangen. Sie wurden ihm von Major Poussin, der sich einen Namen im amerikanischen Geniewesen gemacht hat, vorgestellt. — Einer der Brüder des Präsidenten der Südstaaten, Jefferson Davis, ist in Europa angekommen. Er soll von seinem Bruder mit einer bestimmten Mission in Paris und London beauftragt sein. — Die Gerüchte einer von Mexiko versuchten Separat-Auslösung mit England nehmen eher zu, als ab, so unwahrscheinlich auch im Augenblicke ein Eingehen Englands auf solche Vorschläge wäre. Es heißt, man würde von Mexiko aus verschiedene Häfen und Zölle temporär bis zur vollständigen Befriedigung der englischen Ansprüche abtreten. — Der katholische Erzbischof von New York ist mit dem letzten Paketboote in Europa angekommen. Er befindet sich eben in Paris und begiebt sich auf besondere Einladung des Papstes nach Rom. Es heißt jetzt, daß man mit dem Gedanken umgehe, für die nächsten Pfingsten ein ökumenisches Konzil nach Rom einzuberufen. — Im Staatsrat beschäftigt man sich eben mit einem Entwurf, um das Dekret, welches die für die Departements bestimmten Dezentralisationsmaßregeln auch auf Paris anwendet, in ihrer jetzigen Form als Dekret find

diese Bestimmungen vom Senat als unkonstitutionell erkannt worden. — Nach einem gestern eingegangenen Telegramm zeigt der „Moniteur“ an, daß das französische Mexikogeschwader unter dem Kommando des Kонтreadmirals Jurien de la Graviere den Hafen von Teneriffa am 25. Nov. verlassen habe und sämtliche Mannschaften sich wohl befanden. — Die Wahl von Sainte Clair-Deville zum Mitglied der Akademie der Wissenschaften (geologische Sektion) an des verstorbenen Berthier Stelle ist vom Kaiser bestätigt worden. — Die gestern von den Senatsbüroaux gewählte Kommission zur Prüfung des Konsultsentwurfs besteht aus den Herren: Marquis d' Audiffret, Sturm, Merimée, General Graf de la Rue, Präsident Barthé, General-Prokurator Dupin, Graf Casabianca, Graf Boulay de la Meurthe, Präsident Troplong und Forcade la Roquette. — Marshall Herzog v. Malakow ist gestern Abends in Paris angelkommen. — Der „Droit“ erzählt folgende erbauliche Geschichte: Eine Anzahl Polen, die in ihrer Eigenschaft als „Flüchtlinge“ Unterstützungen von der hiesigen Regierung empfangen, vereinigten sich in einem Hause der Rue St. Jacques, um Hazardspiele zu treiben und das Geld zu vergeuden, das man ihnen mittelstgerecht hatte. Die Polizei, hiervon in Kenntnis gesetzt, führte vorgestern einen gegen die Gesellschaft erlassenen Haftbefehl aus, überraschte die bei den Eheleuten S. versammelten Personen, sämtlich Polen, die in Möbeln alter Art sich zu verstecken suchten, und war so prompt, daß selbst das auf dem Tisch ausgelegte Geld in ihre Hände fiel. — Das „Pays“ hat Nachrichten aus San Domingo, denen zufolge der General Santana nicht allein Spanien nicht unterworfen ist, sondern auch mit dem größten Eifer an der administrativen Reorganisation der Insel arbeitet. Er hat in seiner Eigenschaft als Generalkapitän am 10. Oktober die Behörden empfangen. — Man hatte aus der Havannah am 6. November erfahren, daß das spanische Geschwader an diesem Tage noch nicht gegen die mexikanische Küste abgesfahren war. — Es sind hier neuere Nachrichten aus Buenos-Ayres eingetroffen. Der Präsident der Föderalisten, Derqui, befand sich zu Santa Fe und hatte sich geweigert, abzutreten. In der Provinz Lucumán herrschte vollständige Anarchie. General Nazar war zum Militärgouverneur von Rosario ernannt worden.

[Der englisch-amerikanische Konflikt.] In der (bereits telegraphisch angezeigten) Erklärung des Generals Scott, welche von den Pariser Journalen veröffentlicht wird, stellt derselbe zuerst in Abrede, es habe das Kabinett von Washington Befehl ertheilt, die Herren Mason und Slidell selbst unter neutraler Flagge aufzuziehen. Er, der General, wisse nicht, daß über diesen Punkt die Regierung verhandelt habe. Bei seiner Abreise von New York habe man dort noch gar nicht gewußt, daß der „San Jacinto“ in die amerikanischen Gewässer zurückgekehrt sei. Allgemein habe man vorausgesetzt, die Abgesandten der Südstaaten seien von Kuba mit dem „Nashville“ abgegangen, zu dessen Verfolgung der „James Adair“ und andere Kreuzer ausgeschickt worden seien. General Scott glaubt, daß man über die ferneren Beziehungen Amerikas zu England keine ernstlichen Besorgnisse hegen dürfe, wenn letzteres, wie seine Regierungsmänner verständigen, nicht die Absicht habe, die Uneinigkeit in Amerika noch mehr zu schüren. Der einstige Instinkt der Klugheit müsse der nordamerikanischen Regierung eingegeben, zur Erhaltung der Freundschaft mit England sein mit der Ehre vereinbares Opfer als schwierig anzusehen. Das müsse der ganzen Welt einleuchten. Zu keiner Zeit habe die Freundschaft Englands einen höheren Werth für Amerika gehabt, als jetzt. Beide Nationen seien durch beinahe unaufhörliche Bande des Handels, der Politik, der Religion und sonstiger sozialer Interessen aneinander gefesselt, wie zwei Arme an einem Leib. Was dem einen schade, werde dem anderen schaden, und darüber werde auch die englische Regierung nicht im Geringsten zweifelhaft sein, und hätte sie selbst solche Zweifel, so würde, daß könne er, Scott, verbürgen, der Präsident der Vereinigten Staaten Alles ausblieben, um sie zu zerstreuen. Nichts auf der anderen Seite könne in der Gefangenennahme der Rebellenemissäre von England in feindseligem Sinne gedeutet werden. England könnte am wenigsten einem Kriegsschiff das Recht streitig machen, ein der Kriegskontrebande verdächtiges Fahrzeug anzuhalten und zu durchsuchen. Es sei dies ein sehr lästiges, störendes Recht, und es werde wohl der Tag kommen, an dem alle Seemächte den neutralen Seehandel frei erklären würden. Ob nun die auf dem „Trent“ gefangen genommenen Personen Kriegs-Kontrebande seien oder nicht, sei eine Frage, über welche sich beide Regierungen ohne Schwierigkeit einigen könnten. Könne Herr Seward dem Grafen Russell nicht beweisen, daß sie es seien, so werde wohl Lord Russell Herrn Seward beweisen können, daß sie es nicht seien. Seien sie aber Agenten der Revolution gewesen, wie alle unparteiische Leute annehmen, so dürfe es schwer fallen, sie in geringerem Grade, als Kriegskontrebande, als eine Schaar rebellischer Soldaten oder eine Batterie feindlicher Geschütze anzusehen. Aber auch, wenn hierüber Meinungsverschiedenheit herrsche, sei es klar, daß die nordamerikanische Regierung Gründe genug gehabt habe, sich in gutem Glaube zu glauben. Das Argument, daß der „Trent“ in einen Hafen geführt und vor ein Prisengericht gestellt werden müsse, beruhe auf sehr schmalen Basis. Das heie mit andern Worten, eine größere Beliedigung begehen, um eine kleinere zu vermeiden. Gerade aus Rücksicht auf die zwischen beiden Nationen bestehenden freundschaftlichen Verhältnisse habe Kapitän Wilkes nur die 4 Passagiere, statt des ganzen Schiffes, mitgenommen. Wenn England aus Pflichtgefühl und im Interesse des Zivilisation auf der Rückgabe der Gefangenen bestände, so müsse es gleichzeitig sich von der Revision des bestehenden Seerechts überzeugen, die schon seit 50 Jahren von den Vereinigten Staaten beantragt werde. Wenn der Welthandel dadurch emanzipiert werden könnte, so würde gewiß der Präsident und das Volk der Vereinigten Staaten mit Freuden die Gefangenen, so schuldig sie auch sein möchten, in Freiheit setzen. Set aber England noch nicht bereit, auf dieses Durchdringungsrecht selbst zu verzichten, so werde es im vorliegenden Falle sich nicht in die falsche Lage versetzen, dies von der Union zu verlangen. In dem einen, wie dem anderen Falle sei aber kein Grund vorhanden, die gegenwärtigen freundschaftlichen Beziehungen zu brechen. Schließlich leugnet General Scott nicht, daß die allzu schnelle Anerkennung einer aufständischen Minorität der Nation als kriegsführende Partei die Nordamerikaner tief verletzt und in Verbindung mit den daraus bereits entstandenen teilweisen Konsequenzen bei vielen den Verdacht erregt habe, England wünsche ihnen eher Schlimmes als Gutes, die Staatsmänner aber, denen die Interessen beider großen Völker anvertraut seien, handelten unter höherer Verantwortlichkeit und mit klarerer Erkenntniß der Dinge, und ein für beide Theile so verderbliches Ereignis, wie ein englisch-amerikanischer Krieg, könne wohl nicht aus Veranlassungen hervorgehen, die nicht ernster seien, als diejenigen, welche bisher gegeben worden seien.

[Abtretung der Insel Lagos an England.] Das „Pays“ glaubt die näheren Umstände zu wissen, unter denen der König der afrikanischen Insel Lagos von dem englischen Kommandanten Kapitän Bedingfield zum freiwilligen Abreten dieser Insel veranlaßt wurde. Man ließ dem Negerkönig drei Tage Zeit, eine darauf bezügliche, von den Engländern ihm vorgelegte Urkunde zu unterzeichnen. Während dieser Frist versuchte der bedrängte Souverän, eine Verschwörung zur Ermordung der englischen Offiziere zu organisieren. Dieselbe wurde entdeckt, und es wurden englische Truppen mit Kanonen ans Land gesetzt, worauf die Entzugsurkunde freiwillig unterzeichnet wurde.

[Aus Cochinchina.] Einem Schreiben des „Monde“ aus Hongkong vom 15. Oktober zufolge, dauern die Christenverfolgungen in Cochinchina mit größerer Erbitterung denn je fort. Derselbe Korrespondent entwirft ein nichts weniger als anziehendes Bild von dem Zustande der neuen französischen Kolonie. Das Land werde von Mandarinen gegen die Franzosen aufgewiegelt, und bereits hätten letztere mehrere Komplotte entdeckt. Die Sicherheit sei vollständig verschwunden und man könne sich nicht ohne

Gefahr von einem der militärischen Posten entfernen. Die Bevölkerung habe s. B. die Ankunft der Franzosen mit Freuden begrüßt und eine Aenderung ihrer traurigen Lage erwartet, sei nun aber wegen des ewigen Status quo, unter dem sie gleichfalls viel zu leiden hätte und der sie außerdem eine unheilvolle Zukunft im Fall eines Abzugs der Franzosen befürchten lasse, sehr unzufrieden. Schließlich macht das Schreiben auf die ungeheuren Fortschritte der Russen in Asien aufmerksam. Dieselben hätten sich neuerdings ganz im Stillen der großen und schönen Insel Thouchina in der Meerenge von Korea bemächtigt und dadurch das Japanische Meer zu einem russischen See gemacht. Ihr Übergewicht im äußersten Orient sei von nun an gesichert.

Italien.

Turin, 5. Dez. [Kammerverhandlungen.] In ihrer vorigestrigen Versammlung beschloß die Kammermajorität motivirte Tagesordnung, um den Besluß der Sitzung vom 26. März hinsichtlich der römischen Frage zu bestätigen, im Vertrauen, daß das Ministerium in seiner nationalen Haltung und Organisirung des Reiches fortfahren werde. — In der gestrigen Kammersitzung beschloß Musolino seine vorgestern begonnene Rede mit der Folgerung, daß die Regierung wegen beharrlichen Vertrauens auf Frankreichs Freundschaft entweder pflichtvergessen sei, oder nicht Einsicht genug besitze, die Bedürfnisse des Landes zu kennen, oder sich zur Verfügung einer fremden Macht stellt. Bezuglich Rom's versuchte Redner zu beweisen, daß geistige Unabhängigkeit auch ohne weltliche Macht möglich sei; ferner daß weder der Papst, noch Franz II. das Brigantenthum unterstützen, sondern daß dieses nur von Seite Frankreichs geschehe. (Wird vom Präsidenten unterbrochen.) Er schließt hierauf mit der Erklärung, das Ministerium habe sowohl in der äußeren als in der inneren Frage Beweise seiner politischen Unfähigkeit gegeben; er spricht somit der bestehenden Regierung sein Misstrauensvotum aus. Brofferio beginnt mit einer Auseinandersetzung des Mißtrauens gegen Frankreich, tadelte Ricafoli, Garibaldi's Lehren, wie man nach Rom gelange, nicht beherzigt zu haben; er tadelte ferner die Regierung wegen ihrer Laune in der Bewaffnung und wegen ihres Undankes gegen die Patrioten, und erklärt: Italien könne nur durch offene und thätige Gewalt der ganzen Nation geschaffen werden; er tadelt endlich, was in der Administration geleistet worden, die nicht zu rechtfertigenden Ernennungen und Besförderungen, bespricht sodann die Anordnung im Polizei- und Gerichtswesen, den mangelhaften Unterricht, und will über die Wunden der Finanzen lieber schweigen. Er fordert auf, die geistlichen Güter einzuziehen, um die schweren Steuern zu erleichtern. Hierauf unterwirft Redner Ricafoli's Schreiben an den römischen Hof einer Kritik, und schließt mit der Aufforderung, statt die Diplomatie anzurufen, einig zu den Waffen zu greifen, ohne die fremde Allianz zu brechen, sich derselben jedoch nicht abhängig zu unterwerfen; das allein wäre der Weg nach Rom und Benedig. Am Schlusse der Sitzung deponirt die Regierung die Alten bezüglich Spaniens. — In der gestrigen Sitzung der Deputiertenkammer ergreift Ricafoli das Wort, um das Ministerium gegen die bisherigen Angriffe zu vertheidigen. Es würde ungerecht sein, bemerkte er, die Regierung für die Erfolgslosigkeit der Unterhandlungen wegen Rom's oder für die Anordnungen im Neapolitanischen verantwortlich zu machen. Ein anderes Ministerium würde nicht größere Erfolge erzielt haben. Rom ist die natürliche Hauptstadt Italiens, und wird es bald in der That sein. Ich bin überzeugt, fährt der Minister fort, daß die französische Regierung will, daß die militärische Okkupation aufhört, die im Widerspruch mit der öffentlichen Meinung Frankreichs steht, soweit dieselbe liberal ist, die von anderer Seite als ungenügend erachtet wird, die im Widerspruch stehe mit den Wünschen des Pastors, der Frankreich nicht traut, trotz aller Dienste, die dasselbe ihm geleistet hat, die selbst im Widerspruch mit den Interessen Frankreichs steht, welche ein starkes Königreich Italiens als Verbündeten erheischen. Die französische Regierung ist der aufrichtige Freund Italiens, die französische Regierung will die Einheit Italiens. Sie hat Italien anerkannt, als wir bereits Rom als die natürliche Hauptstadt Italiens proklamiert hatten. Unsere Gegner sind ihre Gegner. Matazzi giebt der Regierung Nachschläge in Bezug auf die innere Verwaltung, und bekämpft unter allgemeinem Beifall den Antrag Ricciardi's. (S. Tel. in Nr. 287.)

Turin, 6. Dezbr. [Tagesnotizen.] Wie das „Pays“ meldet, hat der italienische Marineminister Befehl ertheilt, die Arbeiten im Arsenal und Hafen von Spezzia mit der größten Thätigkeit zu betreiben. — Die „Nationalités“ sagen, daß die Arbeit über die Finanzen, welche der Minister Battoggi der Kammer vorlegen wird, eine Differenz von mehr als 200 Millionen mit der gewöhnlichen Bilanz ergeben wird. — Der Bericht des neapolitanischen Finanzkommissars Sachivorschlagt das Defizit für das Rechnungsjahr 1862 auf 20 Millionen Ducati, die theilweise bereits durch verschiedene Posten gedeckt sind; mit Hülfe neuer Steuern und Verkaufes von Gütern todter Hand soll die Herstellung des Gleichgewichts bewirkt werden. — Die „Nazione“ sagt, daß viele Hellenen als Flüchtlinge die italienische Halbinsel durchwandern und auf den Ruf zu den Waffen warten. Unter ihnen hebt das genannte Blatt den Dichter Rigopolo hervor, der in Patras ein Journal unter dem Titel „Die hellenische Fahne“ herausgab.

Rom, 2. Dez. [General Goyon] ist gestern Nachmittag hier wieder eingetroffen. Er wurde im Bahnhofe von sämtlichen Offizieren des französischen Okkupationsheeres empfangen und hatte schon zwei Stunden darauf eine Audienz bei dem Papste im Palast.

[Photographen.] Auf Befehl des Papstes hat das Vikariat von Rom strenge Maßregeln gegen die Photographen ergriffen. In Zukunft kann diese Profession nur noch nach eingeholter spezieller Erlaubnis des Vikariats und der Ober-Polizeidirektion ausübt werden. Kardinal Patrizzi hat hierüber ein sehr ausführliches Edikt erlassen, das Übertreibungen mit strengen Strafen ahndet.

Rusland und Polen.

Petersburg, 1. Dez. [Über den allgemeinen Gang der Bauernangelegenheit] im Laufe des Oktober steht die „Rote Biene“ nach den aus den Gouvernementen eingelaufenen Nachrichten folgendes mit. Die Klagen der Gutsbesitzer über Unregelmäßigkeiten in den Arbeitsleistungen der Bauern dauerten zwar noch fort, doch war die Zahl dieser Klagen schon viel geringer. Die Unregelmäßigkeiten waren auch fast überall nur der Veränderung der dem Gutsherrn zustehenden Arbeitstage und der in Folge des schlechten Wetters verpateten Ernte zuzuschreiben. Direkte Widergesetzlichkeiten der Bauern, zu deren Bewältigung Militärfkommando's herbeigerufen werden mußten, fanden nur auf einem Gute im Gouvernement Tula statt. — Die

Größfung der Dorf- und Wolostbehörden ist (mit Ausnahme einiger Lokalitäten in 10 verschiedenen Gouvernementen, über die keine Nachrichten eingegangen sind) überall erfolgt. In vielen Orten wurde die Größfung von kirchlichen Feierlichkeiten und Volksfesten begleitet, bei welchen sich eine tief empfundene Dankbarkeit gegen den Kaiser ausprach. — Der Abschaffung der Urbarylurkunden treten zwei Hindernisse entgegen: der (übrigens sehr leicht begreifliche) Wunsch der Gutsbesitzer, zugleich mit der Einführung der Urkunden die Separation der den Bauern überlassenen Ländereien vorzunehmen und die Verweigerung einer gültlichen Übereinkunft von Seiten der Bauern, ohne welche vor dem Verlaufe der zweijährigen Frist keine Vermessung vorgenommen werden kann. Außerdem war auch der Mangel an Landmessern dem schönen Fortgange der Separation hinderlich, wobei jedoch bemerkt werden muß, daß die Befriedigung des überall gleichzeitig auftretenden Bedürfnisses eine so ungeheure Entwicklung der Vermessungsmittel erfordert hätte, wie sie positiv unmöglich gewesen wäre. Um diese Nebelstände zu vermeiden, ist der vollständigen Separation der gutsherrlichen und bürgerlichen Ländereien ein abzägeriger Termin angesezt. In den ersten 2 Jahren dieses Zeitraums kann die Separation nur in Folge gültlicher Übereinkunft vollzogen werden, in den andern 6 Jahren wird sie obligatorisch. Außerdem kommt noch ein anderer Grund dazu, welcher die Abschaffung der Urbarylurkunden verzögert: der immer noch nicht beseitigte Wahn, daß sie nach Verlauf von 2 Jahren noch neue Freiheiten erhalten und namentlich in den unentgültigen Besitz ihrer Ländereien gezeigt werden sollen. Zur Befriedigung dieses Freihums hat der Kaiser bei seiner Anwesenheit in Poltawa am 15. August d. J. und auf seinem Wege nach Kremschburg den ihm vorgestellten Gemeindeältesten selbst erklärt, daß sie weiter keine Freiheiten zu erwarten und sich nur den Befreiungen des Reglements zu unterwerfen hätten. Auch mögen endlich die kleineren Gutsbesitzer wohl oft noch die Vorstellung der Urbarylurkunden verzögert haben, um sich so lange als möglich den Überschuß an Arbeitsleistungen der Bauern zu sichern, der mit der Aufstellung der Urbarylurkunde auftritt. Sonderbar ist es, daß bei der Abneigung der Bauern gegen eine gültige Einigung dennoch die Zahl der in Folge einer solchen aufgestellten Urbarylurkunden größer ist, als die soicher Urkunden, welche ohne Übereinkunft verfaßt sind. Bis jetzt sind in 35 Gouvernementen über 1000 Urbarylurkunden abgefaßt, von denen 831 bereits in Wirklichkeit getreten sind. Von diesen letzteren sind 579 von den Bauern unterschrieben und 207 nicht unterschrieben, während es bei 45 unbekannt ist, ob die Bauern sie unterschrieben haben oder nicht. Unter den von den Bauern unterschriebenen Urkunden sind 130, durch welche jedes Pflichtverhältnis aufgehoben und den Bauern das Land als Eigentum verliehen wird, und zwar in 106 Fällen unter Mitwirkung der Regierung zum Loskaufe und in 24 Fällen ohne dieselbe. In diesen zuletzt genannten Fällen ist den Bauern meistens $\frac{1}{2}$ der höchsten Bandquote ganz unentgültig überlassen worden. In einigen Gegenden veranlaßt die vorbereitenden Vermessungsarbeiten und die Einführung der Urbarylurkunden Übereinkünfte, so in letzter Zeit im Gouvernement Tiflau auf den Gütern des Fürsten Tcherassoff und im Gouvernement Petrowsburg auf den Gütern des Herrn Depp und des Grafen Schumalow in dem Dorfe Pargolowo. Zur Befriedigung der Übereinkünfte mußten Militärfkommando's herbeigerufen werden. — Es ist zu beklagen, daß nach Verlauf von zwei Dritteln des Termins, welcher zur Abschaffung der Urkunden gestellt war, noch so wenig geschah ist. Die größte Arbeit wird den Friedensrichtern anheimfallen, die ohnehin schon so furchtbart beschäftigt sind. — In Bezug auf die allgemeinen Folgen der Befreiung der Bauern spricht sich die Gouvernementskommission von Samara dahin aus, daß die Begriffe der Bauern sich, wenngleich langsam, so doch merklich aufstellen. Zunächst begreifen sie ja, mehr als das, sie fühlen, daß sie frei sind. Dann haben sie sich überzeugt, daß sie nach dem gegenwärtigen gültigen Reglement das Land nicht umsonst erhalten können. Man kann diese beiden Punkte zu den bleibenden Errungenschaften zählen. Nach dem Zeugnis des Gouverneurs von Bjala hat die Einführung der Gemeindebehörden einen sichtbar guten Einfluß auf die Bauern geübt, welche gewissermaßen aufgelebt sind. Ihre frühere Apathie weicht der Thätigkeit und der Hoffnung auf eine helle und selbständige Zukunft. Zu den wohltätigen Einflüssen der Privatisierung des Reglements muß man auch das immer mehr sich entwickelnde Streben der Bauern, Lesen und Schreiben zu lernen, rechnen. In letzter Zeit haben wir Nachrichten von der Größung von Dorfschulen in den Gouvernementen Tiflau, Tula, Rjasan und Nischni-Novgorod erhalten, und in den Gouvernementen Twer und Vladimir haben die Bauern zu diesem Zwecke besondere Kontrakte abgeschlossen.

Warschau, 5. Dez. [General Abramowitsch] ist, wie offiziell angezeigt wird, von seinem Amt als Direktor der Theater und öffentlichen Schauspiele im Königreich Polen auf eigenes Ansuchen enthoben worden.

Bon der polnischen Grenze, 7. Dez. [Telegri] Der Stellvertreter des Erzbischofs, Bialobrzeski, ist zu zehn Jahren Deportation nach Sibirien, sieben jüdische und acht christliche Studierende der medizinischen Fakultät in Warschau sind zum Eintritt als gemeine Soldaten ins Orenburgsche Korps verurtheilt worden. In Warschau herrscht große Bestürzung. — Der Br. Btz. wird aus Sosnowice, 7. Dezbr., telegraphisch gemeldet: Die in der Kraukauvorstadt in Warschau aufgefundenen Gewehre sollen die Zahl 1000 überschreiten und gestern nach der Zitadelle geschafft worden sein. Haussuchungen Tag und Nacht und die Arrestirungen erfolgen mit unglaublicher Härte und Plünderung. (?) Ein bedeutender Transport Verurtheilter soll in den nächsten Tagen nach Sibirien abgeführt werden.

Dänemark.

Kopenhagen, 3. Dez. [Versteigerung Schleswiger Güter.] Die bei den fürglich gehaltenen Auktionen über die schleswigschen Güter Rumohrsdorf und Kolding geschehenen höchsten Gebote (das auf Kolding war vom Konzil Schiller in Hamburg gemacht) sind vom Ministerium nicht genehmigt, vielmehr sind neue Auktionen über jene Güter auf den 13. und 14. Dezbr. anberaumt worden. (Es scheint fast unzweifelhaft, daß dieser Nicht-Genehmigung politische Motive zu Grunde liegen. „Dagbladet“ schreibt,

die Regierung müsse, wenn sie eine kluge Politik befolgen wolle, es nach wie vor mit aller Kraft verhindern, daß die herzogl. Augustenburgischen Güter in die Hände von Deutschen, namentlich offenkundigen Schleswig-Holsteinern fielen; von den Meistbietenden sei aber der eine, Esmarsch, Freiwilliger auf schleswig-holsteinischer Seite gewesen, während der andere, v. Krogh, einer Familie angehöre, die sich durch ihren schleswig-holsteinischen Fanatismus berüchtigt gemacht und Dänemark unerschämlichen Schaden gethan habe.) Das Blatt äußert dann seinen Unwillen darüber, daß deutsche Gutsbesitzer immer die Meistbietenden sind, und nicht dänische.)

Türkei.

[Vom Kriegschauplatz in der Herzegowina.] Depeschen aus dem Hauptquartier Omer Pascha's vom 3. Dezbr. melden: Der Serdar Ekrem hat am 2. Dezbr. eine starke Konzentration von 16 Bataillonen Nizam vorgenommen. Derwisch Pascha erhielt den Auftrag, das Lager der bei Piva stehenden Insurgenten anzugreifen; allein kaum war er vorgerückt, als die Insurgenten ihr Lager selbst in Brand stellten und mit Hinterlassung vieler Waffen und Gerät schaften Reihaus nahmen.

Afien.

Bombay, 12. Nov. [Baumwollkultur; Schiffbrand; Cholera.] Nach einer so eben veröffentlichten Übersicht beträgt die Oberfläche des zum Anbau geeigneten öden Landes in den Präfekturhöfen Bengal, Bombay und Madras allein über 41 Millionen Morgen, wozu noch mehr als 60.000 englische Quadratmeilen in den gebirgigen Bezirken an der Ost- und Nord-

(Fortsetzung in der Beilage.)

ostgrenze, so wie in Pegu und Tenasserim kommen. Das zum Verkaufe geeignete Land, dürfte im Ganzen 60 Millionen Morgen ausmachen. Die Bevölkerung von Aude hat sich der Baumwollkultur in großer Ausdehnung gewidmet. — Der berühmte Klipper "Sovereign of the Seas" von 1226 Tons, ist im Hafen von Sydney verbrannt, von wo er mit einer Kohlenladung nach Bombay gehen sollte. — Die Cholera hat in Kabul aufgehört, nachdem sie daselbst große Verheerungen angerichtet.

A m e r i k a.

Newyork, 20. Nov. [Tagesnachrichten.] Die Fregatte "San Jacinto" ist mit den Herren Slidell und Mason am Montag hier eingetroffen und alsdann nach Boston abgegangen, um die Gefangenen in das Fort Warren abzuliefern. In Newyork, wo sich die Fregatte nur kurze Zeit aufhielt, durfte Niemand als der Marzahl der Vereinigten Staaten an Bord gehen. — Die Borte Waller und Beauregard auf Hilton Head und bei Bay Point, durch deren Eroberung die Bundesstruppen sich den Weg nach Beaufort eröffnet haben, werden als sehr starke Verschanzungen geschildert. Sie enthielten 43 Kanonen und große Quantitäten Munition, welche sämtlich den Bundesstruppen in die Hände gefallen sind. Als die Bote der Expedition Beaufort erreichten, fanden sie nur einen Weißen. Alle Einwohner, so wie die Mannschaften des Forts an der Mündung des Hafens waren entflohen, letztere mit solcher Eile, daß nicht nur eine Menge Waffen, darunter Offiziersabzeichen, Pistolen u. s. w., sondern auch Privatbriefe zurückgelassen worden waren, unter letzteren eine Depesche des Präsidenten Davis an den Kommandanten der Stadt, General Drayton, in welcher er demselben davon Nachricht gibt, daß die Expedition abgegangen und Port Royal ihr Bestimmungsort sei. Man glaubt, daß sehr bald der Versuch, Beaufort zum Verschiffungshafen für Baumwolle zu machen, ins Werk gelegt werden wird. Bereits am vorigen Freitag hat der Senator Simons von Rhode Island den Schooner "Charity" von Providence aus mit Salz, Schuhlen und anderen Artikeln expediert und hofft für die Badung Sea-Island Baumwolle einzutauchen, die dann sofort nach England transportiert werden soll. — In Boston ist eine neue wichtige nach einem Hafen der südlichen Küste bestimmte Expedition, welche von General Butler beschlußt werden soll, in der Ausrüstung begriffen. Es heißt, daß 3000 Mann zu derselben verwendet werden sollen. Der Bestimmungsort ist noch unbekannt. — Aus Baltimore wird berichtet, daß die (sich erwähnte) Proklamation des Generals Dix an die Bewohner der Grafschafts Accamac und Northampton in Virginia, durch welche er seine Eintrücke ankündigte, den Erfolg gehabt hat, die Rebellen in der erstmals genannten Grafschaft zu zerstreuen und den Unionisten solchen Muth einzuflößen, daß sie in Maryland eine Anzahl Unionesflaggen gesäuft haben, um die einrückenden Truppen damit zu empfangen. — Aus St. Louis wird gemeldet, daß der General Halleck, der Nachfolger Fremonts, dort eingetroffen ist. Die Divisionen des Generals Sturgis, Pope und Hunter sollen verschiedene Stellungen längs des Süddree-Eisenbahnen eingenommen haben und dort die Befehle des Generals Halleck abwarten wollen. Die Generale Abbott und Sigel wurden gestern in Rolla erwartet, wo General Wyman schon eingetroffen war. — Die Nachricht von dem verunglückten übermaligen Angriff auf die Newyorker Zuarren auf der Insel Santa Rosa stammt von dem amerikanischen Konzil in Havana, Herrn Savage, der von einer Geschäftsfahrt nach Key West am 10. nach Havana zurückgekehrt ist und berichtet, daß die Patrouillen der Bundesstruppen ein Korps von 1500 Rebellen etwa 20 Miles von dem Fort auf der Insel entdeckt und sofort den Flotten-Kommandanten benachrichtigt haben, von dem sie mit Hohltrügeln unter großem Verlust von der Insel vertrieben worden seien. Man glaubt, es sei auf einen nächtlichen Nebenfall des Zuarrenlagers abgesehen gewesen, zu dem die Koalitionen 3000 Mann zusammenbringen wollten. — Die Senatorn Gwin, Brigham und Brent, Passagiere des Dampfers "Uncle Sam" von San Francisco, wurden auf Verdacht des Hochverraths durch den gleichfalls am Bord befindlichen General Sumner bei der Ankunft in Panama festgenommen. — Der engl. Dampfer "Fingal", am 15. d. von Glasgow mit einer Ladung Waffen und Munition für die Rebellen nach einem südlichen Hafen abgegangen, ist bei dem Versuch, die Blockade zu brechen, von unserem Geschwader genommen und nach Key West gebracht worden. (So meldet der Kapitän eines in Holmes-Höle angekommenen amerikanischen Schiffes.) — Die französische Dampfkorvette "Prong" scheiterte am 5. d. in der Nähe von Coracot-Insel, N. C., während eines Sturmes. Die ganze Mannschaft wurde gerettet; das Boot jedoch ward von den Offizieren in die Luft gesprengt, damit die Waffen und Munitionsvorräthe seinem der kriegerischen Theile in die Hände fallen sollten. — Das französische Kriegsschiff "Gatinat" ist bereits vor einigen Tagen von hier nach dem Schauplatze des Schiffbruches abgegangen. — Präsident Lincoln erhält wöchentlich gegen 50 Briefe von europäischen Armeeoffizieren, welche der Regierung ihren Degen anbieten. So trafen zuletzt Woche aus Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Italien, Spanien, der Schweiz, Schweden und sogar aus Russland derartige schriftliche Offerten ein. — Nachrichten aus Springfield (Missouri) vom 15. bestätigen es, daß der Ort von den Bundesstruppen geräumt werden soll. Der General McKinstry, einer der Unterbefehlshaber Fremonts, der vor kurzem nach Washington beordert war, ist nebst seinem Käffier, Herrn Hahn, in St. Louis verhaftet worden, angeblich wegen Unregelmäßigkeiten in dem General-Quartiermeister-Département, dem er vorgestanden hat. Aus Springfield wird ferner gemeldet, daß die Divisionen der Generale Hunter, Pope und Sturgis nach dem Norden, die Divisionen der Generale Sigel und Abbott nach dem Süden abgerückt seien, letzterer mit dem Befehl, 10 Miles unterhalb Wilsons Creek sein Lager aufzuschlagen. — General Fremont hat auf die ihm in St. Louis überreichte Bewilligungsmeldung eine längere Antwort erstellt, in welcher er seinen Vertrauen zu den republikanischen Institutionen des Landes und seine Zuversicht ausspricht, daß man einen treuen Diener des Vaterlandes nicht unverdientermaßen leiden lassen werde. Er habe den gegen ihn erhobenen Anschuldigungen vertheidigungslos gegenübergestanden, da er den allgemeinen Feinde die Spitze zu bieten gebaut habe. Die ihm überreichte Adresse überzeugt ihn aber, daß er seine Vertheidigung getrost seinen Mitbürgern überlassen könne. Ueber die Anlagen gemeiner Art, die man gegen ihn erhoben habe, will er kein Wort verlieren. Andere Beschwerden seien schon durch seine tapferen Soldaten bei Springfield widerlegt worden, und was den Vorwurf der Unfähigkeit und schlechten Verwaltung betreffe, so wolle er auf den Inhalt der ihm überreichten Adresse und auf den Durrahruf der versammelten Menge verweisen. Uebrigens werde er sich sehr bald die Gelegenheit zu erzwingen wissen, sich definitiv zu rechtfertigen. — Nachträglich wird noch eine am 1. November zwischen Fremont und dem konsöderierten General Price abgeschlossene Konvention bekannt, in welcher sie übereinkommen, alle Verfolgung einzelner wegen ihrer politischen Meinung im Staate Missouri einzustellen und alle bewaffneten Banden, die nicht unter regulärem Kommando stehen, aufzulösen.

Rio Janeiro, 7. Ott. [Das Gesetz über die Gültigkeit nichtkatholischer Ehen] ist vom Kaiser am 11. September unterzeichnet und am 1. d. publiziert worden. Es lautet: Art. 1. Die Witsamkeit der nach den Gesetzen des Reichs geschlossenen Ehen erstreckt sich: S. 1. Auf die Ehen zwischen Personen, welche sich zu einer andern als der Staatsreligion bekennen, wenn sie außerhalb des Reiches nach dem Ritus und den Gebräuchen, denen die Kontrahenten unterworfen sind, geschlossen ist. S. 2. Auf die Ehen zwischen Personen, die sich zu einer anderen als der Staatsreligion bekennen, wenn sie im Reiche vor der Publikation des gegenwärtigen Gesetzes dem Gebrauche oder den Vorchristen der betreffenden Religionen gemäß geschlossen sind und durch Zeugnisse bewiesen werden, in denen die Celebration des religiösen Alters bezeugt wird. S. 3. Auf die Ehen zwischen Personen, welche sich zu einer anderen als der Staatsreligion bekennen, die im Reiche vom Datum des gegenwärtigen Gesetzes an nach dem Gebrauche oder den Vorchristen der betreffenden Religionen geschlossen werden; jedoch muß die kirchliche Trauung durch das betreffende Kirchenbuch und in der im Reglement vorgeschriebenen Art bewiesen werden. S. 4. Die Ehen, von denen der S. 2 und der vorhergende handelt, können nicht der Wohlthat dieses Gesetzes theilhaft werden, wenn zwischen den betreffenden Personen ein Hindernis obwaltet, vermöge dessen die katholische Eheschließung nach den im Reiche bestehenden Gesetzen, so weit sie auf diesen Fall anwendbar sind, verboten ist.

Art. 2. Die Regierung wird die Kirchenbücher und die Termine dieser Ehen, sowie auch die Register über die Geburten und Todesfälle von Personen, die sich zu einer anderen als der Staatsreligion bekennen, durch ein Reglement feststellen und eben so auch die nötigen Bedingungen, damit die Priester tolerirter Religionen Handlungen verrichten können, welche gesetzliche Gültigkeiten haben. Art. 3. Die entgegenstehenden Dispositionen werden zurückgenommen.

Die Abgeordnetenwahlen im preußischen Staate.

(Vergl. Nr. 287.)

In Altenahr: Gutsbesitzer Franz Bresgen (l.).
Wärwalde: Für den Kreis Königsberg i. d. R. sind die bisherigen Abgeordneten Minister v. Patow und Präsident Lette wiedergewählt.

Kr. Börne-Stragard: Gutsbes. Thomsen aus Jeseritz (l.), Pfarrer Metteneppe aus Dirchau (kathol.).

Bernau (Nieders. und Oberbarnimer Kreis): Kreisger. Rath Pannier aus Cranienburg (bisher Mitglied der Fraktion Binde), Graf Hake auf Alt-Hanft bei Wriezen (liberal), und Kreisrichter Schiebler aus Straubberg. (f.)

In Beuthen in Oberschlesien: Knappgutsbesitz Neide, Bergmeister Schmidt (beide f.).

In Bielefeld: Waldek, Schulz und Meyer Brachtrupp (sämtl. f.).

In Bolkenhain: Baron Richthofen, Ger. Director Otto (beide min.).

In Bonn: Kanonikus Gau in Aachen (kath.).

In Brakel: Für die Kreise Höxter und Warburg wurden Kreisrichter Ewers in Paderborn und Dr. Weber in Driburg (beide kathol.) gewählt.

Kr. Breslau-Neumarkt: Kreisger. Dir. Wachler aus Breslau (R.), Landrat v. Knebel-Döberitz (R.).

In Brühl: Bürgermeister Schulz in Gressen (ministeriell), Bürgermeister Weygold in Sölpheim (l.), Gutsbesitzer Oberberg von Exp.

Kr. Bünzlau-Löwenberg: Stadtger. Rath Model in Berlin und Staatsanwalt Baier in Löwenberg.

Stadt und Kreis Danzig: neben H. Behrend und Roepell: Hofbeamter Dr. Kalau (lib.).

Delißow: Franz Dunker.

In Dorsten: Gymnasialdir. Schulz in Münster (kathol.), Kreisrichter Sarrazin in Bockholt (kathol.).

In Dortmund: Karl Mehnacher (l.).

In Drossen: Für den Kreis Sternberg ist wiedergewählt: Geh. Revisionsrath Ambroni (Fraktion Binde) und neu gewählt Kr. Rath Grundmann in Zielins (liberal).

In Duisburg: Gerichtsrath Westermann (l.), F. W. Waldhausen (l.), Chr. Coupienne (l.).

In Eisleben: Bergmeister Müller und Rittergutsbes. Sombart-Cronschleben (beide l.).

Kr. Elberfeld: 1. Abg. Kaufmann Piper aus Saan (c.).

In Frankensteine: Landrat Schwenzner (min.), Kreisrichter Wahle (R.).

Gardelegen (Wahlkreis Gardelegen-Salzwedel): Staatsanwalt Leue zu Halberstadt, bisheriger Abgeordneter, und Kreisrichter Ludolf Parfusius in Gardelegen (liberal).

Kr. Geilenkirchen-Hövelsberg-Erkelens: Gutsbes. Aldenhoven in Wehr, Pastor Blum in Dübsowgat.

In Geldern: Ob. Rath Peter Neichenperger zu Berlin, Gutsbes. Peter Voeller in Geldern (beide kathol.).

In Gladbach: Gutsbesitzer Aldenhoven zu Wehr, Pfarrer Blum zu Dübsowgat (beide kathol.).

In Gleiwitz: Landrat v. Strachwitz (min.).

In Gransee: Für die Kreise Ruppin und Templin wurden gewählt: der Kreisgerichtsr. Rudenau (Fraktion Binde) und Kr. Rath v. Armin-Gerswalde (f.).

In Greiffenberg ist für den Wahlkreis Randow-Greiffenhausen noch gewählt: Oberlehrer Theodor Schmidt in Stettin mit 320 Stimmen (f.).

In Greifswald: Bisherige Abgeordnete Nemitz und Bürgermeister Stegemann aus Kammin (beide l.).

In Grünberg: Für den Grünberg-Kreistädter Wahlkreis ist wiedergewählt Landrat zur Megede (Fraktion Binde), neu gewählt Rittergutsbesitzer Förster auf Kontop (f.).

Guben: Rittergutsbesitzer Prof. Reimann und Kr. Ger. Director Nealow (entschieden liberal).

Kr. Guhrau-Steinau-Wohlau: Landrat v. Niedelschütz (R.).

In Guttentag: Graf Johannes Renar, Erzbischof Bierau (beide R.).

In Hamm: Prof. v. Sybel zu Bonn (l.), Ober-Regierungsr. v. Dölff zu Koblenz (l.).

Überämter Hechingen, Haigerloch, Sigmaringen, Gammertingen, Wald, Trochtelfingen, Östrach und Garnison von Raatzadt: Hor., Kammer- und Forstrath Karl und Bez.-Hierarch Schwan (Sigmaringen).

Kr. Heiligenbeil-Pr. Eylau: Professor Schubert, Gutsbesitzer Egeb. Peissen.

In Hohenbürzen: Kammerger. Rath v. Diepenbrock-Gräter in Berlin (l.).

Kr. Jüterbog-Luckenwalde: Staatsanwalt v. Luck aus Potsdam (f.).

In Kleve: Dr. Krebs in Köln (ministeriell).

Kr. Kleve: 1. Abg. Dr. Krebs in Köln (l.).

Kr. Köln-Bergheim-Gürtkirchen: 3. Abgg. Bürgermeister Schult, Gutsbes. Oberberg in Erp, Bürgermeister Weygold in Stolzheim.

Königsl.: Für den Wahlkreis Beeskow-Storkow-Löcknitz sind gewählt: Prediger Richter in Marienfelde (l.) und Rittergutsbesitzer v. Benda.

In Kosel: Pfarrer Münger (R.).

In Kottbus: Im Wahlkreis Kottbus-Kalan-Spremberg wurden Mühlenbesitzer Hirschberger in Lubbenau und Staatsanwalt Mellien in Spremberg gewählt, beide der liberalen Partei angehörig.

Kreuzburg: Graf Bethyuy Duc, Graf Wittenau.

In Kroppen (Kr. Kroppen-Sommerfeld-Züllichau-Schwielow) wurden gewählt: Kreisgerichtsrath Wachsmuth (l.) aus Kroppen; Regierungsrath Krause auf Steinbach.

Kulmsee (Wahlbezirk Thorn-Kulm): Fabrikant G. Weese in Thorn; Kreisrichter Chomie aus Kulm, (beide liberal). Die Polen stimmten für Herrn v. Szawolski. Vom Militär stimmten einige Offiziere für den polnischen Kandidaten.

Kr. Labiau-Wehlau: Kr. Ger. Director Barz, Gutsbesitzer Sanden-Dölpischen.

In Langenholza: Die Kandidaten der Fortschrittspartei: Kreisrichter Bertram in Langenholza und Stadttrath Ludwig in Mühlhausen.

Lanckstedt: Im Wahlkreis Merseburg-Derfurt sind die bisherigen Abgeordneten Kreisger. Direkt. Theune in Derfurt und Rittergutsbes. Pieschel auf Delitz (beide Fraktion Binde) wiedergewählt.

In Leobschütz: Kr. Ger. Rath Wolff (min.), Schöber (l.).

Kr. Lippstadt-Arensberg-Brielen: Amtmann Plaumann (f., früherer Abgeordneter), Staatsanwalt Plaumann (l.) in Arensburg.

Lübben (Lubau-Lübbauer Wahlkreis): Dr. med. Hellenberg aus Lübbener Walde (min.) und Kreisrichter Bierenberg in Lübben (min.).

Kr. Lüdinghausen-Berkum-Warendorf: Regierungsrath v. Malinckrodt (kathol.) und Kreisrichter Hartwig in Warendorf.

In Mayen-Gödens: Staatsprokurator Bier in Eiter (kathol.), Landrat Delius in Mayen (l.).

Memel: Es sind die Kandidaten der Fortschrittspartei gewählt: für Memel Landrat a. D. Spillicz; für Heydekrug Staatsanwalt Martin.

In Minden: Ger. Dir. Büchmann in Lübbecke (l.), Dr. Krebs in Berlin.

Möhringen und Pr. Holländ: v. Gorkebeck (f.) und Bachholz (f.).

In Montjoie: Hagelversicherungsdirektor Franz Aldenhoven in Köln, Nota a. D. Gant in Köln (beide kathol.).

In Mühlheim a. Rh.: Richter Burgark v. Wipperfürth, Friedensrichter Wolff aus Mühlheim a. Rh., (beide kathol.).

In Münster: Rentner Nikolaus Jungholz (kath.), Kreisr. Karl Biegler.

In Nürnberg-Weizenfeld-Zeil: Justizrat Pieckler in Erfurt, Kreisrichter Forstmann in Zeil. (beide f.).

Kr. Neisse-Grodkau: Gutsbes. Lieber auf Schönwalde (f.), Staatsanwalt Dr. Kräppli in Briesig (l.), kath.

In Neuhausen-Sleben wurden für die Kreise Neuhausen-Sleben und Wolmirstedt der frühere Abg. Rath Jordan aus Merseburg und der Kreisrichter Hölzke aus Neuhausen-Sleben gewählt (beide konstitutionell).

In Neusalz: Landrat zur Megede (min.), Rittergutsbes. Förster (l.).

In Dels: Kreisrichter v. Rosenberg, Lipinski, Kaufmann Trautwein und Kr. Ger. Rath Kleinwächter (sämtlich min.).

In Döpe: Kreisrichter Bender zu Berleberg (klerikal).

In Oppeln: Ob. Rath Dietrich Osterode, Kr. Ger. Rath Fritsch (beide kathol.).

In Osterode: Neidenburg: v. Hooperbeck und Asseff a. D. Schmiede.

In Paderborn: Kreisger. Rath Schmidt in Paderborn, Regierungsrath v. Mallinckrodt in Düsseldorf.

Prenzlau: Oberbürgermeister Grabow und Geh. Kriegsrath Menzel (beide liberal).

Pritzwalk: Für die West- und Ostpreignitz sind Geh.

abermales den Bau von zwei neuen Fregatten angeordnet, so daß auf den verschiedenen italienischen Werften jetzt 10 größere Kriegsschiffe im Bau begriffen sind. Das Projekt, den Golf von Spezzia in einen großen Kriegshafen zu verwandeln, wird gegenwärtig in Ausführung genommen. Die Kostenanschläge sind bereits veröffentlicht worden und gegen Ende November erwartete man die Verdingung. Die Kosten sind auf 36 Millionen geschätzt und das Werk muß in vier Jahren vollendet sein.

Lokales und Provinzielles.

Posen. 9. Dezbr. [Verurtheilung.] Am Donnerstag wurde vor der Kriminalabteilung des hiesigen Kreisgerichts eine Anklage wider den Maschinenbaulebenen Mizerski, den Redakteur des „Dziennik Poznański“, Tagelski, den Verleger dieser Zeitung, Merzbach, und vier andere Personen verhandelt, welche der Übertretung des Vereinsgesetzes angelohnt waren. Den Ausführungen der Staatsanwaltschaft zufolge hatten die Angeklagten die Vorbereitungen zu der am 20. Oktober d. J. beabsichtigten, aber durch das entschiedene Auftreten der Behörde vereiteten großartigen Demonstration der Errichtung eines Kreuzes auf dem Platz an der St. Martinskirche zur Erinnerung an die in Warschau und Vilna unschuldig ermordeten Brüder“ getroffen und in einem Inserat des „Dziennik Poznański“ den Adel, die Geistlichkeit und die Bauern der ganzen Provinz dazu eingeladen, ohne vorher die polizeiliche Genehmigung nachgesucht zu haben. Die Staatsanwaltschaft erblickte in diesem Verfahren eine Übertretung des Vereinsgesetzes, die um so strafbar sei, als der beabsichtigte öffentliche Aufzug einen entschieden politischen und demonstrativen Charakter gehabt habe und ganz geeignet gewesen sei, die öffentliche Ruhe und Ordnung zu stören. Auch die Unruhen in Warschau und im Königreich Polen hätten mit scheinbar unschuldigen kirchlichen Prozessionen begonnen und hätten jetzt bereits bis zum Belagerungszustande geführt. Dasselbe sei auch hier zu befürchten, wenn das Gesetz nicht von vornherein mit Strenge aufrecht erhalten würde. Die Staatsanwaltschaft beantragte daher gegen jeden der drei genannten Hauptanstifter der Demonstration eine dreimonatliche Gefängnisstrafe, während sie gegen die 4 übrigen Komplizen, die beschuldigt waren, die gedruckte Aufforderung zur Teilnahme an dem Aufzuge in der Stadt verbreitet zu haben, wegen mangelnder Beweise die Anklage fallen ließ. Bergeblig bemühte sich der Vertheidiger, zu beweisen, daß der beabsichtigte Aufzug kein politischer, sondern nur ein kirchlicher gewesen sei und als solcher keiner förmlichen polizeilichen Erlaubnis bedurfte, daß somit auch die erlassenen Einladungen dazu gegen das Gesetz nicht verstossen hätten. Der Gerichtshof trat nach kurzer Beratung der Ansicht der Staatsanwaltschaft bei, miederte aber das beantragte Strafmaß in der Weise, daß er den Verfasser der Einladung, Maschinenbaulebenen Mizerski, zu 4 Wochen Gefängnis, den Drucker und Verleger des „Dziennik Poznański“, Merzbach, zu 3 Wochen Gefängnis, und den Redakteur Tagelski zu 50 Thlr. Geldstrafe resp. 14 Tagen Gefängnis verurteilte. Die übrigen 4 Angeklagten wurden freigesprochen. (Ostl. Ztg.)

Birnbaum. 7. Dezember. [Markt; Unglücksfälle; zu den Wahlen.] Der am Dienstag hier stattgefundenen Markt war wider Erwarten stark besucht, obgleich an denselben Tage in der benachbarten Stadt Driesen Markt abgehalten wurde. Die Handwerker und Kaufleute haben fast durchweg gute Geschäfte gemacht; der Viehmarkt war aber im Allgemeinen schlecht besucht und es zeigte sich wenig Kauflust. Pferde und Rindvieh waren auch nur in geringer Anzahl zum Verkauf gestellt; dagegen war die Auswahl in Schweinen sehr groß und trotz der hohen Preise wurde verhältnismäßig tüchtig gekauft. — Im Begiffe, einige Wagen auf verbreittem Wege zu pfänden, verunglückte der pensionierte Gendarm und bisherige Soldpächter des königl. Damms Lembke, indem er von zwei Wagen überfahren wurde. Er verstarb am nächsten Morgen. Die gerichtliche Sektion hat ergeben, daß ein Rückenwirbel von den andern losgequält und zerplattet war und daß der Verunglückte in Folge dessen unter allen Umständen sterben mußte. — In vorheriger Woche fuhr der Bauer Goeldner aus Mokris vom hiesigen Wochenmarkt nach Hause, und nahm unterwegs mehrere, den Konfirmandenunterricht besuchende Kinder auf seinen Wagen. Er setzte sich deshalb auf die Wagenleiter, stürzte herunter und brach das Genick. Wie ich höre, haben bei der gefürchteten Abgeordnetenwahl überhaupt 8 Deutsche und 4 Polen gesiegt. Sehr ungeliebt ist man über das Benehmen der beiden neu gewählten Abgeordneten unseres Wahlbezirks deshalb, weil dieselben, als am Schluß der Wahl auf Se. Maj. den König ein Hoch ausgebracht wurde, in das alle Anwesenden mit Enthusiasmus einstimmen, sie sich nicht nur an demselben nicht beteiligten, sondern dabei auch nicht einmal die Kopfbedeckung abnahmen. Sonst wird von allen Seiten die würdevolle Haltung der Polen während des Wahlaktes gerühmt.

Kosten. 7. Dez. [Feuer; Witterung; Revision; Verschiedenes.] In der Nacht vom 27. zum 28. v. M. brach auf dem Dominium Jurtono Feuer aus, welches vom Winde begünstigt, mehrere Wirtschaftsgebäude in kurzer Zeit in Asche legte. Sämtliche Sommergetreide des Besitzers ist ein Raub der Flammen geworden. — Die Witterung zeigt einen unbeständigen Charakter; Frost und Regen, Schnee und Nebel wechseln fast täglich. Das wirkt nachdrücklich auf den Gewerbezufluss. Bei den Kindern kommen die Masern, die im vorigen Jahre so viele Opfer forderten, auch jetzt wieder vor, und in einigen Dörfern hecken auch die natürlichen Blätter, doch ist ihr Charakter nicht böarlig. — Die Holzpreise sind im fortwährenden Steigen, man läßt sich pro Klafter Erlenholz 4 Thlr. 20 Sgr. an Ort und Stelle zahlen; bessere Holzarten sind selten oder gar nicht vorhanden. Mit den Wäldern wird vielfach sehr stiefmütterlich gewirtschaftet, weshalb in unserer Gegend in wenigen Jahren ein gänzlicher Holzangang zu befürchten sein dürfte. — Der Raps und die Winteraaten stehen gut; unter letzterem haben die Feldmäuse im Anfang des Herbstes vielen Schaden angerichtet. — Es wird vielfach gelegt, daß die Kartoffeln, die man für den Winter in der Erde aufbewahrt, verderben. Sie haben übrigens, ungeachtet sie in diesem Jahre gut gerathen, einen hohen Preis und ist viel Nachfrage darnach. — Horn- und Schwärzweih wurde auf dem letzten Jahrmarkt bei uns sehr teuer bezahlt; dasselbe hören wir auch aus den Nachbarsäädien. — In allen Kreisen bei uns spricht man viel von der vor acht Tagen statgefundenen ehelichen Verbindung des Rittergutsbesitzer v. Potocki aus Bendlewic mit der Gräfin Kwieck aus Kobelniki, bei welcher Gelegenheit der Luxus des polnischen Großadels der Provinz sich wieder einmal entfaltete. — Gegenwärtig bereit der Seminardirektor Stoeck aus Paradies im Auftrage der R. Regierung die kathol. Elementarschulen des Kostenkreises. Vor einem Jahre fand eine ähnliche Revision durch den Regierungs- und Schulrat Dr. Milewski aus Posen statt. Im Laufe des verflossenen Sommers sind in unserm Kreise zwei neue massive Schulhäuser auf Kosten der betr. Schulgemeinden aufgeführt, nämlich in Lubin und Czacz; an letzterer Schule soll mit Beginn des Sommersemesters noch ein zweiter Lehrer angestellt werden. — Nach einer Bekanntmachung des R. Kommissars der Obr.-Meliorationen ist das Interessenverzeichnis der Ober-Meliorations-Sozietät nunmehr definitiv festgestellt und schließt mit einer Gläde von 115,229 Morgen 111 □ R. ab, von welcher unter Vorbehalt der bei den zu bewässernden Flächen nach Ausführung der Bewässerung und bei den übrigen Grundstücken event. 10 Jahre von der ersten Ausschreibung zu veranlassenden Revision des Katasters 88,506 Morgen 91 □ R. zur I., 8189 Morgen 167 □ R. zur II. und 18,533 Morgen 33 □ R. zur III. Beitragsklasse eingeschäfft worden sind.

Neustadt b. P. 7. Dezbr. [Abgeordnetenwahl.] Aus den Kreisen Buk und Kosten waren bei dem gestrigen Wahlttermin 272 polnische und 118 deutsche Wahlmänner anwesend, und wenn auch nicht sämtliche Anwesende der ersterwähnten Partei polnischer Nationalität, so waren sie doch wenigstens polnischer Gesinnung. Bei dem ersten Wahlgange stimmten sämtliche 272 polnische Wahlmänner für den Grafen Cieszkowski und sämtliche 118 deutsche für den Staatsanwalt Ahlemann in Gräß. Beim zweiten

Wahlgange zogen sich die deutschen Wahlmänner zurück, da sie ihr Unterliegen vorausahmen (hätte doch nicht geschehen sollen; d. R.) und es wurde Graf Marcel Zöltowski auf Czacz gewählt. Die Polen waren über diesen obwohl vorauszusehenden Sieg hoch erfreut und gaben ihrer Freude bei einem nach beendigter Wahl stattgehabten allgemeinen Diner, an welchem der Edelmann mit dem Landmann, Letzterer auf Kosten des ersteren, Theil nahm, durch Tooste Ausdruck. Letztere gingen überwiegend auf eine Mahnung zur Eintracht hinaus, da ein festes Zusammenhalten endlich doch zum Ziel führe.

Wollstein. 7. Dez. [Stadthauskost; Hopfenstangen; Kreisommunale; Feuer.] Auf dem für die diesige Stadt pro 1862 aufgestellten Etat schließt Einnahme und Ausgabe mit 3060 Thlr. (neben 250 Thlr. mehr als 1861) ab. Unter den Einnahmen befinden sich: an direkten Kommunalbeiträgen 2100 Thlr., an zufälligen Einnahmen 332 Thlr., von Berechnungen 300 Thlr. u. s. w. Unter den Ausgaben: Besoldungen und Verwaltungskosten 1010 Thlr., Kreisommunale und Provinzialbeiträge 575 Thlr., Zinsen und Amortisation 329 Thlr., zur Ortsarmenpflege 400 Thlr., für Kirche und Schule 125 Thlr. u. s. w. — Obwohl das Hopfengeschäft seit 14 Tagen gänzlich ruht und seit die Hälfte der diesjährigen Ernte (circa 12,000 Zentner) noch in erster Hand befindet, werden doch schon umfangreiche Geschiäfte in Hopfenstangen, die 5 bis 6 Meilen weit hierher gebracht werden, gemacht. So hat in diesen Tagen ein einziger Händler aus Züllichau 800 Schok à 2 1/2 Thlr. an verschiedene Hopfenproduzenten hiesiger Umgegend abgeschlossen. Auch von anderen Seiten, namentlich aus dem Grünberger Kreise, treffen täglich mehrere Ladungen Hopfenstangen an hiesige Händler ein. — Am 9. d. wird hier ein Kreistag stattfinden. Auf demselben wird, nächst der Vornahme verschiedener Wahlen und Aufstellung des Etats pro 1862 über den pro 1862 in Anwendung zu bringenden Maßstab bei Verhüllung der Kreisommunalkosten und über die Übertragung der Chaussee von der Buler bis an die Neumärkische Kreisgrenze an die Provinz, Beischluß gesetzt werden. — Am 2. d. Abends 8 Uhr brach im Schulhaus zu Alt-Krampe Feuer aus, wodurch dasselbe in sehr kurzer Zeit total niedergebrannte. Der Lehrer Staniewicz hat bei diesem Brande seine sämtliche Habe eingebüßt.

Laibach. 7. Dez. [Abgeordnetenwahl.] Im III. Bromberger Wahlkreise wurden gestern von 419 erschienenen Wahlmännern zu Abgeordneten gewählt: 1) Rittergutsbesitzer v. Leipzig in Pietronki, Kr. Chodzien, mit 211 Stimmen (Kandidat der deutschen Partei); 2) Probst Janiszewski in Kościelec, Kr. Inowrocław, mit 207 von 410 Stimmen (Kandidat der polnischen Partei). Es liegt kein Kompromiß zwischen den Deutschen und Polen vor, sondern die Polen trugen zuletzt nur deshalb den Sieg davon, weil die Deutschen, in Folge mehrerer engerer Wahlen, matt geworden, zu frühzeitig den Kampfplatz verlassen hatten. (Das ist sehr beklagenswerth. D. Ned.) Die Wahl dauerte von Morgens 10 bis Abends 8 Uhr.

Schönlanke. 6. Dez. [Wahlen.] Im ersten Bromberger Wahlkreise wurden heute von 380 erschienenen Wahlmännern zu Abgeordneten gewählt: Gutsbesitzer Semsdorf in Podanin mit 345 Stimmen; Rittergutsbesitzer v. Saenger auf Grabowo mit 222 Stimmen. (Beide sind Kandidaten der deutschen Partei.)

Agrikultur-chemische Versuchsstation Kuschen.

Die Unterzeichneten erlauben noch hierdurch dem landwirtschaftlichen Publikum des Großherzogthums Posen anzugezeigen, daß von dem landwirtschaftlichen Kreisvereine Kosten-Fraustadt eine agrikultur-chemische Versuchsstation in dem Dorfe Kuschen bei Schmiegel errichtet worden ist. Wir laden zugleich die Herren Landwirthe und insonderheit alle landwirtschaftlichen Kreisvereine des Großherzogthums ein, sich an dieser neuerrichteten Versuchsstation zu beteiligen, um derselben einen ausgedehnteren Wirkungskreis zu verschaffen und sie für weitere Kreise nutzbar zu machen. Wir glauben voraussehen zu dürfen, daß jeder intelligente Landwirth uns bestimmen wird, wenn wir von der weiteren Ausbildung und Neugutmachung der Naturwissenschaften und speziell der Chemie die segensreichsten Früchte für die Landwirtschaft erwarten. Obgleich wir nun hiermit schon die beiden Zwecke bezeichnet haben, deren Erreichung die Aufgabe der Versuchsstationen bildet, so erachten wir es doch nicht für überflüssig, über die Hauptrichtungen mitzuheissen, in denen speziell unsere Versuchsstation ihre Tätigkeit entfalten soll. Nach dem für die Versuchsstation aufgestellten Statute soll der Stationschemiker zunächst die in den verschiedenen Zweigen der Landwirtschaft zunächst die in den verschiedenen Zweigen der Landwirtschaft fühlbar werden den Bedürfnisse zu befriedigen und Nebenstände zu beseitigen suchen; er soll überhaupt den Landwirthen bei der Ausübung ihres Berufes mit Rath und That zur Seite stehen. Seine Tätigkeit soll daher hauptsächlich darin bestehen, durch chemische Untersuchungen und Versuche den Landwirthen Auskunft über die Zusammensetzung, den Handelswert und die Wirksamkeit von Düngstoffen, Futtermitteln, Erdboden-, Mergelarten u. dergl. zu ertheilen. Ferner soll derselbe Untersuchungen über die naturgemäße und wirtschaftlich vortheilhafteste Ernährung der landwirtschaftlichen Haustiere anstellen. Außerdem ist es dem Chemiker zur Pflicht gemacht worden, die hiesige Gegend zu bereisen, um einerseits die hiesige Landwirtschaft und ihre Bedürfnisse gründlich kennenzulernen und andererseits durch genaue Besichtigung der Deden, Wiesen u. s. w. sowohl etwa vorhandene, noch unaufgedeckte Naturschäden, wie Kalk, Gyps, Mergel u. dergl. aufzuschließen, als auch sich hierdurch in den Stand zu setzen, den Landwirthen Auskunft über die geeignete Bestellung und Düngung der betreffenden Ländereien zu ertheilen. Endlich soll sich der Chemiker bestreben, so weit seine Zeit und die ihm zu Gebote stehenden Mittel es erlauben, zur Aufdeckung und genaueren Konstatirung der auf die verschiedenen Zweige der Landwirtschaft bezüglichen Naturgesetze beizutragen.

Die Kosten der ersten Einrichtung und der Unterhaltung der Station sind theils durch die Beiträge des landwirtschaftlichen Vereines der Kreise Kosten und Fraustadt und durch die freiwillige Unterstützung mit Geld und sonstigen Leistungen Seiteas der einzelnen Mitglieder des genannten Vereines, theils durch die Münificenz des hohen königl. Ministerii für die landwirtschaftlichen Angelegenheiten gedeckt, welches sowohl eine namhafte Summe zu der ersten Einrichtung bewilligt, als auch eine jährliche Subvention von 600 Thlr. auf 8 Jahre in Aussicht gestellt hat. Diese Unterstützung seitens des hohen Ministerii ist an die Bedingung geknüpft, daß die Versuchsstation Kuschen auch anderen landwirtschaftlichen Vereinen und einzelnen seinem Vereine angehörigen Landwirten in dem Großherzogthume Posen zugänglich gemacht werde. Für den Mitgenuß haben die Participanten sich zur Leistung einer jährlichen Remuneration auf 8 Jahre zu verpflichten, welche sich bei den Vereinen nach der Anzahl der Vereinsmitglieder normieren soll und für einzelne Landwirthe auf 3 Thlr. jährlich festgestellt ist. Vereine und einzelne Landwirthe, welche sich anschließen, treten hierdurch in alle Rechte ein, welche die Mitglieder des Ko-

sten-Fraustadter Vereines an der Station haben. Die diesfälligen Anträge sind an den Vorstand der agrikultur-chemischen Versuchsstation in Kuschen bei Schmiegel zu richten.

Auf Grund dieser Ministerialverordnung, welche unseren Wünschen entgegenkommt, ersuchen wir nun alle Vorstände landwirtschaftlicher Vereine, sowie alle sonstigen Landwirthe im Großherzogthume Posen, welche keinem Vereine angehören, durch zahlreiche Betheiligung an unserm Unternehmen die Versuchsstation auch für weitere Kreise nutzbar zu machen, wie auch durch Vermehrung der verwendbaren Geldmittel die Wirksamkeit derselben zu fördern. Die gedruckten Statuten der Versuchsstation sind von dem Vorstande derselben zu beziehen.

Der Vorstand der agrikultur-chemischen Versuchsstation in Kuschen bei Schmiegel.

Lehmann. Hecht. O. v. Waldow. Plate. Gebel.

Bei neuen Erfindungen sind Thalachen, und nur Thalachen entscheidend. Ob es gut ist, und sich bewährt, davon hängt lediglich die Zukunft einer solchen Erfindung ab. Ebenso verhält es sich mit dem vegetabilischen Kräuterbalsam *Esprit des cheveux* von Hutter & Comp. in Berlin, Niederlage bei Hermann Woegelin in Posen, Breslauerstraße 9, welcher nicht allein als neue Erfindung Erfolge aufweisen mußte, sondern auch die Zweifel zu beseitigen hatte, welche früher angewendete nützliche Mittel beim Publikum hervorgebracht. Die vielen Anerkennungen höchstgeehrter Personen erhoben den *Esprit des cheveux* in seiner Wirksamkeit über allen Zweifel.

Schloß Clärholz bei Rheda in Westphalen.

Unterzeichnet erucht Ew. Wohlgeboren im Auftrage Ihrer Herrn, der Frau Prinzessin zu Bentheim-Tecklenburg Durchlaucht, Hochfürstlichen wiederum gefall. zwei Flaschen von dem vortrefflichen Kräuterbalsam *Esprit des cheveux* gegen eingezahlten Betrag von 20 Thaler einzufinden, und die Adresse an Ihre Durchlaucht die Frau Prinzessin zu Bentheim-Tecklenburg zu richten.

B. Mörtzel.

Ew. Wohlgeboren ersucht mich, mir nochmals eine Flasche des bewährten vegetabilischen Kräuterbalsams *Esprit des cheveux* zu entnehmen.

Carol bei Neu-Ruppin.

Baronin v. d. Knesebeck.

Strombericht.

Oboński Brücke.

Am 6. Dez. Kahn Nr. 1760, Schiffer W. Hohn, von Magdeburg nach Posen mit Gütern.

Angekommene Fremde.

Vom 7. Dezember.

SCHWARZER ADLER. Brennerel. Techniker Hamilton aus Königsberg und Wirthschafts-Bewahrer Sotkiewicz aus Glebowie.

HOTEL DE PARIS. Die Gutsbesitzer v. Kaniewski aus Lubowleki und v. Czajkowski aus Słomczyce, Ackerwirth Jaworowicz aus Bierzdzdow und Rentier Kowalewski aus Breslau.

BAZAR. Die Gutsbesitzer Graf Dabbski aus Kolaczkow, v. Chłapowski aus Kopalzewo und v. Radomski aus Dominowo, die Guise, Frauen Gräfin Poniatowska aus Wreschen, v. Budzikowska aus Grabowo und Szoldrowska aus Lubisz, Bevollmächtigter Kubicki aus Mikosław, Kreisrichter Matecki aus Wreschen, Gutsverwalter Dzikowski aus Kurowo und Kaufmann v. Biegertki aus Stettin.

BUDWIG'S HOTEL. Die Kaufleute Hirch aus Rogasen, Gebinger aus Berlin, Gall und Fräulein Grasmann aus Breslau.

Vom 8. Dezember.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Major a. D. v. Berzen aus Berlin, die Kaufleute Behrens aus Danzig und Schmuck aus Berlin, Bäumeister Kramer aus Dresden, Dr. med. Zalewski aus Strzamowo, die Gutsbesitzer v. Stableski aus Lubice, v. Potworowski aus Koslowo, v. Skarzyski aus Gr. Solniki, Graf Kwieck aus Gosławice, v. Kierski aus Popowko und v. Potworowski aus Karmin.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDEN. Dr. Fricke und die Kaufleute Puder, Licht und Guadensfeld aus Berlin, Mannkopf aus Frankfurt a. M., Schlüter aus Glauchau, Comte aus Magdeburg, Bannack aus Leipzig und Fredeling aus Danzig, Lieutenant im 4. Pommerschen Inf. Regt. Mr. 21 v. Kunowksi aus Gnesno, Frau Hauptmann Sellenhain aus Komorowo, die Rentier Fräulein v. Lehmann aus Oleśno und Fräulein v. Lehmann aus Gollancz, königl. Oberförster Dankelmann aus Berlin, die Gutsbesitzer Martini aus Lufowo, Rummel und Nehring aus Kruja, Staatsanwalt v. Sander aus Melerz, Rentier v. Sander aus Roblow, der Rittergutsbesitzer Baron v. Sirks aus Alt-Görzig und Gjoromski aus Wyciązko, Frau Rittergutsbesitzer v. Chłapowska aus Bonkow, Frau Reichsanwalt Kettich aus Schrimm und Gutsbesitzer Glässmer aus Kuczewo.

BUSCH'S HOTEL DE ROME. Königl. Kammerherr und Rittergutsbesitzer Graf Rodolfski aus Jarocin, Frau Rittergutsbesitzer v. Baranowska aus Marszewo, Verwalter v. Jerzynski aus Stawiany, Frau Rentier Niele aus Schmiegel, Professor Dr. Semisch und die Kaufleute Siebert aus Breslau, Wartenberg und Kapitzky aus Berlin.

HOTEL DU NORD. Civil-Ingenieur v. Matłowska und die Rittergutsbesitzer Frau v. Matłowska aus Rudki, v. Chłapowska aus Rothdorf und v. Krynowska aus Popowko-Tamkow, die Rittergutsbesitzer v. Szczepiński, Gutsbesitzer Osowiecki aus Wolskow und Kaufleute Gebrüder Kurzig aus Grünberg.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Rittergutsbesitzer v. Woladski nebst Frau aus Bardo, Frau Rittergutsbesitzer v. Zychlińska aus Eżazno, Kaufmann Steinmeier aus Magdeburg, die Gutsbesitzer v. Wasilewski aus Borsigow.

SCHWARZER ADLER. Die Gutsbesitzer v. Chrzanowski aus Chwałowice und Schulz aus Strzelkow, die Gutsbesitzer Genge aus Weiergierki und v. Raczyński aus

Inserate und Börsen-Nachrichten.

5 Thlr. Belohnung.

Am 4. d. M. Abends sind auf der Straße von hier nach Schwerzen dem Fuhrmann Löbel Perrustadt von mehreren Personen gewaltsam fortgenommen: ein Sack mit Schuhleisten, mehrere Bäcker Böschpapier.

Um der Wiederholung solcher Raubansätze vorzubeugen, wird Fiedermann dringend ersucht, zur Ermittlung der Thäter mitzuhelpen, und wenn diese gelingt, obige Belohnung zugesichert.

Posen, den 6. Dezember 1861.

Der Polizeipräsident v. Baerensprung.

Bekanntmachung.

Nachgekennzeichnete Bäcker werden im Monat Dezember c. das Roggenbrot und die Semmel zu den angegebenen schweren Gewichten liefern:

1) Brot à 5 Sgr.

Joseph Ryckewski, Halbdorfstr. 16 5 u. 4 Pf. Ludwig Nowicki, Markt 71 . . . 5 - -

Dgn. Osiuszkiewicz, St. Martin 12 4 - 16 -

2) Semmel à 1 Sgr.

Joseph Ryckewski, Halbdorfstr. 16 . . 15 -

Friedrich Knipfer, St. Martin 22 . . 14 -

August Buly, Markt 73 . . . 14 -

Emil Thiedemann, Breitestraße 7 . . 14 -

Im Ubrigen wird auf die an den Verkaufsstellen ausgehängten Bachtwaren-Tafeln Bezug genommen.

Posen, den 5. Dezember 1861.

Der Polizeipräsident v. Baerensprung.

Bekanntmachung.

Die für das hifte Magazin notwendig wendenden Führen sollen für die Zeit vom 1. Januar 1862 ab anderweitig verändert werden.

Dazu ist ein Submissionstermin auf Donnerstag den 12. d. M. Vormittags um 10 Uhr angelegt, bis zu welchem Zeitpunkte Bührenunternehmer ihre Offerten im unterzeichneten Amt abgeben wollen.

Die bezüglichen Bedingungen sind in unserem Bureau zur Kenntnahme ausgelegt.

Posen, den 7. Dezember 1861.

Königl. Proviantamt.

Bekanntmachung.

Im Auftrage des königl. Provinzial-Steuer-Direktors zu Posen wird das untenzeichnete Hauptamt und zwar im Amtsgericht der Steuerrezeptur zu Kostrzyn am 7. Januar 1862 um 10 Uhr Vormittags die Chausseegeld-erhebung der Hebeleiter Siedlungen Kostrzyn und Nekla an den Meistbietenden mit Vorbehalt des höhern Bischlags vom 1. Febr. 1862 ab zur Pacht ausstellen.

Nur dispositionsfähige Personen, welche vorher mindestens 150 Thlr. baar oder in annehmlichen Staatspapieren bei der Steuerrezeptur in Kostrzyn zur Sicherheit niedergelegt haben, werden zum Bieten zugelassen.

Die Pachtbedingungen können sowohl bei uns, als bei der Steuerrezeptur zu Kostrzyn von heute an während der Dienststunden eingesehen werden.

Poznan, den 5. Dezember 1861.

Königliches Haupt-Zollamt.

Bekanntmachung.

Bei dem am 28., 29. und 30. d. M. erfolgten öffentlichen Verkauf der in der hiesigen städtischen Pfandleihbank verfallenen Pfänder, hat sich für mehrere Pfandschuldner ein Neberdurchgang ergeben. Die Eigentümmer der Pfandscheine:

Nr. 1063, 2005, 2086, 2578, 2598, 2742, 2911, 2916, 3001, 3057, 3079, 3080, 3113, 3185, 3230, 3327, 3389, 3393, 3710, 3738, 3909, 3996, 3997, 4351, 4409, 4445, 4453, 4494, 4622, 4666, 4720, 4979, 5012, 5065, 5079, 5110, 5226, 5759, 5776, 5895, 5910, 5940, 6122, 6169, 6209, 6256, 6342, 6343, 6357, 6378, 6375, 6422, 6441, 6475, 6549, 6571, 6632, 6679, 6696, 6717, 6803, 6865, 6982, 6988, 6989, 7034, 7054, 7084, 7092, werden hierdurch aufgefordert, sich innerhalb sechs Wochen, spätestens bis zum 20. Dezember c. bei der hiesigen städtischen Pfandleihbank zu melden, und den nach Berichtigung des empfangenen Darlehns, und der bis zum Verkauf des Pfandes aufgelaufenen Zinsen und Kosten noch verbleibenden Überdruck gegen Rückgabe des Pfandscheins und gegen Quittung in Empfang zu nehmen, wodurch dieser Überdruck bestimmungsmäßig an den städtischen Armenträger abgegeben und der Pfandschein mit den darauf begründeten Rechten des Pfandschuldners für erloschen erachtet werden wird.

Posen, den 5. November 1861.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Zum Verkauf einer Quantität von 56 Ztr. ausgesonderte, alter Papiere haben wir einen Lehrling auf den 19. Dez. d. J. Vorm. 10 Uhr vor dem Herrn Kanzleirath Kuvor in unserem Geschäftskloster anberaumt, zu welchem Kaufstätte eingeladen werden.

Posen, den 30. November 1861.

Königliches Appellationsgericht.

Bekanntmachung.

Am 8. Januar 1862 Vormittags um 10 Uhr werden vor dem biegsigen Rathause durch unseren Auktionskommisarius Hoppe verschiedene wertvolle Mahagonimöbel im Gesamtbetrag von circa 540 Thlr. darunter ein Fortepiano, im Wege öffentlicher Auktion versteigert werden. Kaufstücke werden hierzu vorgeladen.

Schriften, den 30. November 1861.

Königliches Kreisgericht.

Erste Abteilung.

Nothwendiger Verkauf. Königliches Kreisgericht zu Posen. Abteilung für Zivilsachen.

Posen, den 11. September 1861.

Das den Geschwistern Ador, Friederike, Rosalie und Heinrich Goldberg gehörige, in der Altstadt Posen sub Nr. 82 belegene Grundstück, abgeschägt auf 13,687 Thlr. 5 Sgr. 4 Pf. zufolge der nebst Hypothekenchein in der Registratur einzulegenden Tore, soll am 18. April 1862 Vormittags 11 Uhr an ordentlicher Gerichtsstelle subastairt werden.

Glaubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuch nicht ersichtlichen Neuforderung ihre Befriedigung aus den Kaufgeldern suchen, haben sich mit ihren Ansprüchen bei uns zu melden.

Montag den 16. d. M. Vormittags 10 Uhr sollen in Bolewice im Gasthause bei Fiechner diverse Brennhölzer aus den Bällen Bolewice und Theerosen in großen und kleinen Loosen öffentlich meistbietend versteigert werden, wozu Kaufstücke mit dem Bemerkten eingeladen werden, daß die betreffenden Schubbeamten zu Bolewice und Theerosen das Holz auf Verlangen vor dem Termine vorzeigen werden.

Bolewice, den 7. Dezember 1861.
Der Oberförster Hertel.

Ein in einer großen Stadt befindliches, seit einer Reihe von zwanzig Jahren bestehendes Wein-Geschäft ist sofort zu verkaufen. Hierauf ernstlich Restaurierung erfahrene Räheres durch das Allg. Annoncen-Bureau in Breslau, Alte Taschenstraße 29 Parterre.

Joseph Ryckewski, Halbdorfstr. 16 5 u. 4 Pf. Ludwig Nowicki, Markt 71 . . . 5 - - Dgn. Osiuszkiewicz, St. Martin 12 4 - 16 - 2) Semmel à 1 Sgr.

Joseph Ryckewski, Halbdorfstr. 16 . . 15 -

Friedrich Knipfer, St. Martin 22 . . 14 -

August Buly, Markt 73 . . . 14 -

Emil Thiedemann, Breitestraße 7 . . 14 -

Im Ubrigen wird auf die an den Verkaufsstellen ausgehängten Bachtwaren-Tafeln Bezug genommen.

Posen, den 5. Dezember 1861.

Der Polizeipräsident v. Baerensprung.

Ein in einer großen Stadt befindliches, seit einer Reihe von zwanzig Jahren bestehendes Wein-Geschäft ist sofort zu verkaufen. Hierauf ernstlich Restaurierung erfahrene Räheres durch das Allg. Annoncen-Bureau in Breslau, Alte Taschenstraße 29 Parterre.

Joseph Ryckewski, Halbdorfstr. 16 5 u. 4 Pf. Ludwig Nowicki, Markt 71 . . . 5 - - Dgn. Osiuszkiewicz, St. Martin 12 4 - 16 - 2) Semmel à 1 Sgr.

Joseph Ryckewski, Halbdorfstr. 16 . . 15 -

Friedrich Knipfer, St. Martin 22 . . 14 -

August Buly, Markt 73 . . . 14 -

Emil Thiedemann, Breitestraße 7 . . 14 -

Im Ubrigen wird auf die an den Verkaufsstellen ausgehängten Bachtwaren-Tafeln Bezug genommen.

Posen, den 5. Dezember 1861.

Der Polizeipräsident v. Baerensprung.

Ein in einer großen Stadt befindliches, seit einer Reihe von zwanzig Jahren bestehendes Wein-Geschäft ist sofort zu verkaufen. Hierauf ernstlich Restaurierung erfahrene Räheres durch das Allg. Annoncen-Bureau in Breslau, Alte Taschenstraße 29 Parterre.

Joseph Ryckewski, Halbdorfstr. 16 5 u. 4 Pf. Ludwig Nowicki, Markt 71 . . . 5 - - Dgn. Osiuszkiewicz, St. Martin 12 4 - 16 - 2) Semmel à 1 Sgr.

Joseph Ryckewski, Halbdorfstr. 16 . . 15 -

Friedrich Knipfer, St. Martin 22 . . 14 -

August Buly, Markt 73 . . . 14 -

Emil Thiedemann, Breitestraße 7 . . 14 -

Im Ubrigen wird auf die an den Verkaufsstellen ausgehängten Bachtwaren-Tafeln Bezug genommen.

Posen, den 5. Dezember 1861.

Der Polizeipräsident v. Baerensprung.

Ein in einer großen Stadt befindliches, seit einer Reihe von zwanzig Jahren bestehendes Wein-Geschäft ist sofort zu verkaufen. Hierauf ernstlich Restaurierung erfahrene Räheres durch das Allg. Annoncen-Bureau in Breslau, Alte Taschenstraße 29 Parterre.

Joseph Ryckewski, Halbdorfstr. 16 5 u. 4 Pf. Ludwig Nowicki, Markt 71 . . . 5 - - Dgn. Osiuszkiewicz, St. Martin 12 4 - 16 - 2) Semmel à 1 Sgr.

Joseph Ryckewski, Halbdorfstr. 16 . . 15 -

Friedrich Knipfer, St. Martin 22 . . 14 -

August Buly, Markt 73 . . . 14 -

Emil Thiedemann, Breitestraße 7 . . 14 -

Im Ubrigen wird auf die an den Verkaufsstellen ausgehängten Bachtwaren-Tafeln Bezug genommen.

Posen, den 5. Dezember 1861.

Der Polizeipräsident v. Baerensprung.

Ein in einer großen Stadt befindliches, seit einer Reihe von zwanzig Jahren bestehendes Wein-Geschäft ist sofort zu verkaufen. Hierauf ernstlich Restaurierung erfahrene Räheres durch das Allg. Annoncen-Bureau in Breslau, Alte Taschenstraße 29 Parterre.

Joseph Ryckewski, Halbdorfstr. 16 5 u. 4 Pf. Ludwig Nowicki, Markt 71 . . . 5 - - Dgn. Osiuszkiewicz, St. Martin 12 4 - 16 - 2) Semmel à 1 Sgr.

Joseph Ryckewski, Halbdorfstr. 16 . . 15 -

Friedrich Knipfer, St. Martin 22 . . 14 -

August Buly, Markt 73 . . . 14 -

Emil Thiedemann, Breitestraße 7 . . 14 -

Im Ubrigen wird auf die an den Verkaufsstellen ausgehängten Bachtwaren-Tafeln Bezug genommen.

Posen, den 5. Dezember 1861.

Der Polizeipräsident v. Baerensprung.

Ein in einer großen Stadt befindliches, seit einer Reihe von zwanzig Jahren bestehendes Wein-Geschäft ist sofort zu verkaufen. Hierauf ernstlich Restaurierung erfahrene Räheres durch das Allg. Annoncen-Bureau in Breslau, Alte Taschenstraße 29 Parterre.

Joseph Ryckewski, Halbdorfstr. 16 5 u. 4 Pf. Ludwig Nowicki, Markt 71 . . . 5 - - Dgn. Osiuszkiewicz, St. Martin 12 4 - 16 - 2) Semmel à 1 Sgr.

Joseph Ryckewski, Halbdorfstr. 16 . . 15 -

Friedrich Knipfer, St. Martin 22 . . 14 -

August Buly, Markt 73 . . . 14 -

Emil Thiedemann, Breitestraße 7 . . 14 -

Im Ubrigen wird auf die an den Verkaufsstellen ausgehängten Bachtwaren-Tafeln Bezug genommen.

Posen, den 5. Dezember 1861.

Der Polizeipräsident v. Baerensprung.

Ein in einer großen Stadt befindliches, seit einer Reihe von zwanzig Jahren bestehendes Wein-Geschäft ist sofort zu verkaufen. Hierauf ernstlich Restaurierung erfahrene Räheres durch das Allg. Annoncen-Bureau in Breslau, Alte Taschenstraße 29 Parterre.

Joseph Ryckewski, Halbdorfstr. 16 5 u. 4 Pf. Ludwig Nowicki, Markt 71 . . . 5 - - Dgn. Osiuszkiewicz, St. Martin 12 4 - 16 - 2) Semmel à 1 Sgr.

Joseph Ryckewski, Halbdorfstr. 16 . . 15 -

Friedrich Knipfer, St. Martin 22 . . 14 -

August Buly, Markt 73 . . . 14 -

Emil Thiedemann, Breitestraße 7 . . 14 -

Im Ubrigen wird auf die an den Verkaufsstellen ausgehängten Bachtwaren-Tafeln Bezug genommen.

Ein geübter Schreiber, welcher bereits in einem Bureau gearbeitet hat, kann sofort Beschäftigung finden. Wo? besagt die Expedition dieser Zeitung.

Für die beiden Güter einer vornehmen Herrschaft in der Provinz Brandenburg suchte ich im Auftrage einen erfahrenen Oekonom resp. ersten Inspektor. Antritt zu Ostern 1862. Gehalt 400 Thlr. bei freier Station event. Deputat und Reitpferd.

H. Winkler, Berlin, Jerusalemerstr. 63.

Auf dem Dominium **Antonin** (Neumühle) zwischen Schwenz und Posen wird ein Voigt, der gut empfohlen und der deutschen Sprache mächtig ist, gesucht. Dsgl. ist daselbst Birken-Schuhmacher- u. div. Brennholz, sowie Dorf und Busch zu verkaufen. **H. Beck**.

Ein Wirtschaftsbeamter (Hofverwalter), der beider Landessprachen mächtig ist und eine gute Handchrift hat, findet auf dem Domänenamt **Dusznik** sofort ein gutes Unterkommen. Der Meldung sind die Original-Bezeugnisse beizufügen.

Ein gewandter herrschaftlicher Kutscher, der deutsche und polnischen Sprache mächtig, wird zu Neujahr für's Land gesucht. Nähere Auskunft erhält der Kommissionär.

J. Swarsenski in Posen, Büttenstr. 20.

Zwei Gartenbüschchen finden auf dem Domänenamt **Dusznik** ein baldiges Unterkommen.

Ein Lehrling wird gesucht von der Handlung **Carl Heinr. Ulrich & Co.**, Breslauerstr. Nr. 4.

Einen Lehrling wünscht **Louis Pulvermacher**.

Ein im Feldmessen geübter junger Mann sucht zum womöglich sofortigen Antritt eine Stellung. Adr. beliebe man **sub E. A. G.** in der Exped. die Zeitung abzugeben.

Warning. So reue ich, daß ein Wechsel über 30 Thlr. im Umlaufe ist, welcher mit meiner Rainensunterchrift versehen sein soll; ich warne vor der Erwerbung dieses Wechsels, weil ich denselben nicht unterschreiben, resp. gefälscht ist.

Dabrowski, Steinmetzmeister.

Warning. Ich warne vor dem Ankauf des mit dem Namen **Josef Stachowski** unterschriebenen Wechsels über 30 Thlr., da mir derselbe aus meinen Papieren verschwunden, aber seit 2 Jahren bezahlt ist.

Posen, den 9. Dezember 1861.

Josef Stachowski.

Eine goldne Brüder in geschlungenem Band. facion, worauf ein Blatt in maltem Golde, ist gestern Vormittag auf dem Wege von der Wallstraße bis zum Kreisgericht und alten Markt verloren worden. Wer selbige beim Kaufmann Herrn **Gerhardt**, Wilhelmplatz 4, abgibt, empfängt 3 Thlr. Belohnung.

In der Nähe des **H. Baltes** (Restaurationstabl.) Friedrichstr. 31, ist ein schwarzes, lila pünktiertes Shawlchen verloren gegangen. Dem Finder eine angemessene Belohnung bei

H. Baltes, Friedrichstr. Nr. 31.

Rheinische Aktienbörse. Berlin, 7. Dezember 1861.

Eisenbahn-Aktien.

London-Aktien. Lachen-Düsseldorf 3½ 82½ B
Aachen-Maastricht 4 18 B
Amsterdam-Rotterdam 4 86½ B
Berg. Märk. Lt. A. 4 98½-97½ Bz
do. Lt. B. 4 —
Berlin-Anhalt 4 133½-32½ Bz
Berlin-Hamburg 4 115 B
Berl.-Potsd. Magd. 4 150½ Bz
Berlin-Stettin 4 121½ Bz
Bresl. Schw. Freib. 4 110 B
Brieg.-Neiße 4 —
Cöln.-Grefeld 4 —
Cöln.-Minden 3½ 159 Bz
Cöln.-Oberb. (Wib.) 4 —
do. Stamm-Pr. 4 —
do. do. 4 81 B
Düsseldorf-Bielefeld 5 —
Eduard.-Borsig. Verb. 4 134 B
Friedrich.-Borsig. Verb. 4 92½ B
Magdeb.-Halberst. 4 264½ B
Magdeb.-Wittenb. 4 40 B
Malitz-Budoweb. 4 110-9½ Bz
Mecklenburger 4 47 etw Bz u B
Münster-Hamm 4 95½ B
Neustadt-Wiehenb. 4 —
Niederländ. Markt. 4 97½ B
Niederländ. Zweigb. 4 —
do. Stamm-Pr. 4 —
Nordb. Fr. Wib. 5 463½ Bz
Oberl. Lt. A. C. 3½ 126 B
do. Lt. B. 3½ 113 Bz
Oest. Franz. Staat. 5 130-29 Bz
Oppeln-Luxemb. 4 —
Pr. Wib. (Steel-B.) 4 50 B
Waaren-Kr. Anth. 5 —

Rheinische, Stamm-Pr. 4 88-1-83 Bz
Rhein.-Nahebahn 4 19 B
Ruhrort-Grefeld 3½ —
Stargard-Posen 3½ 88½ B
Thüringer 4 108½ B

Bau- und Kredit-Aktien und Anteilscheine.

Lachen-Düsseldorf 3½ 82½ B
Aachen-Maastricht 4 18 B
Amsterdam-Rotterdam 4 86½ B
Berg. Märk. Lt. A. 4 98½-97½ Bz
do. Lt. B. 4 —
Berlin-Anhalt 4 133½-32½ Bz
Berlin-Hamburg 4 115 B
Berl.-Potsd. Magd. 4 150½ Bz
Berlin-Stettin 4 121½ Bz
Bresl. Schw. Freib. 4 110 B
Brieg.-Neiße 4 —
Cöln.-Grefeld 4 —
Cöln.-Minden 3½ 159 Bz
Cöln.-Oberb. (Wib.) 4 —
do. Stamm-Pr. 4 —
do. do. 4 81 B
Düsseldorf-Bielefeld 5 —
Eduard.-Borsig. Verb. 4 134 B
Friedrich.-Borsig. Verb. 4 92½ B
Magdeb.-Halberst. 4 264½ B
Magdeb.-Wittenb. 4 40 B
Malitz-Budoweb. 4 110-9½ Bz
Mecklenburger 4 47 etw Bz u B
Münster-Hamm 4 95½ B
Neustadt-Wiehenb. 4 —
Niederländ. Markt. 4 97½ B
Niederländ. Zweigb. 4 —
do. Stamm-Pr. 4 —
Nordb. Fr. Wib. 5 463½ Bz
Oberl. Lt. A. C. 3½ 126 B
do. Lt. B. 3½ 113 Bz
Oest. Franz. Staat. 5 130-29 Bz
Oppeln-Luxemb. 4 —
Pr. Wib. (Steel-B.) 4 50 B
Waaren-Kr. Anth. 5 —

Prioritäts-Obligationen.

Berl. Kassenverein 4 117½ B
Berl. Handels-Gef. 4 77 etw B
Braunschw. Bt. A. 4 74 B
Bremen do. 102 B
do. do. 11. Ser. 5 104½ Bz
Coburg. Kredit-do. 4 60 B
Danzig. Priv. Bl. 4 94½ B
Darmstädter Abtg. 4 76 Bz
do. Zettel-B. 4 96½ G
Dessauer Kredit-do. 4 2½ Bz u G
Dessauer Landesbl. 4 13½ Bz
Cöln.-Minden 3½ 159 Bz
Cöln.-Oberb. (Wib.) 4 —
do. Stamm-Pr. 4 —
do. do. 4 81 B
Lahn-Düsseldorf 3½ 82½ B
Aachen-Maastricht 4 18 B
Amsterdam-Rotterdam 4 86½ B
Berg. Märk. Lt. A. 4 98½-97½ Bz
do. Lt. B. 4 —
Berlin-Anhalt 4 133½-32½ Bz
Berlin-Hamburg 4 115 B
Berl.-Potsd. Magd. 4 150½ Bz
Berlin-Stettin 4 121½ Bz
Bresl. Schw. Freib. 4 110 B
Brieg.-Neiße 4 —
Cöln.-Grefeld 4 —
Cöln.-Minden 3½ 159 Bz
Cöln.-Oberb. (Wib.) 4 —
do. Stamm-Pr. 4 —
do. do. 4 81 B
Düsseldorf-Bielefeld 5 —
Eduard.-Borsig. Verb. 4 134 B
Friedrich.-Borsig. Verb. 4 92½ B
Magdeb.-Halberst. 4 264½ B
Magdeb.-Wittenb. 4 40 B
Malitz-Budoweb. 4 110-9½ Bz
Mecklenburger 4 47 etw Bz u B
Münster-Hamm 4 95½ B
Neustadt-Wiehenb. 4 —
Niederländ. Markt. 4 97½ B
Niederländ. Zweigb. 4 —
do. Stamm-Pr. 4 —
Nordb. Fr. Wib. 5 463½ Bz
Oberl. Lt. A. C. 3½ 126 B
do. Lt. B. 3½ 113 Bz
Oest. Franz. Staat. 5 130-29 Bz
Oppeln-Luxemb. 4 —
Pr. Wib. (Steel-B.) 4 50 B
Waaren-Kr. Anth. 5 —

Prioritäts-Obligationen.

Bremen do. 102 B
do. do. 11. Ser. 5 104½ Bz
Coburg. Kredit-do. 4 60 B
Danzig. Priv. Bl. 4 94½ B
Darmstädter Abtg. 4 76 Bz
do. Zettel-B. 4 96½ G
Dessauer Kredit-do. 4 2½ Bz u G
Dessauer Landesbl. 4 13½ Bz
Cöln.-Minden 3½ 159 Bz
Cöln.-Oberb. (Wib.) 4 —
do. Stamm-Pr. 4 —
do. do. 4 81 B
Lahn-Düsseldorf 3½ 82½ B
Aachen-Maastricht 4 18 B
Amsterdam-Rotterdam 4 86½ B
Berg. Märk. Lt. A. 4 98½-97½ Bz
do. Lt. B. 4 —
Berlin-Anhalt 4 133½-32½ Bz
Berlin-Hamburg 4 115 B
Berl.-Potsd. Magd. 4 150½ Bz
Berlin-Stettin 4 121½ Bz
Bresl. Schw. Freib. 4 110 B
Brieg.-Neiße 4 —
Cöln.-Grefeld 4 —
Cöln.-Minden 3½ 159 Bz
Cöln.-Oberb. (Wib.) 4 —
do. Stamm-Pr. 4 —
do. do. 4 81 B
Düsseldorf-Bielefeld 5 —
Eduard.-Borsig. Verb. 4 134 B
Friedrich.-Borsig. Verb. 4 92½ B
Magdeb.-Halberst. 4 264½ B
Magdeb.-Wittenb. 4 40 B
Malitz-Budoweb. 4 110-9½ Bz
Mecklenburger 4 47 etw Bz u B
Münster-Hamm 4 95½ B
Neustadt-Wiehenb. 4 —
Niederländ. Markt. 4 97½ B
Niederländ. Zweigb. 4 —
do. Stamm-Pr. 4 —
Nordb. Fr. Wib. 5 463½ Bz
Oberl. Lt. A. C. 3½ 126 B
do. Lt. B. 3½ 113 Bz
Oest. Franz. Staat. 5 130-29 Bz
Oppeln-Luxemb. 4 —
Pr. Wib. (Steel-B.) 4 50 B
Waaren-Kr. Anth. 5 —

Prioritäts-Obligationen.

Bremen do. 102 B
do. do. 11. Ser. 5 104½ Bz
Coburg. Kredit-do. 4 60 B
Danzig. Priv. Bl. 4 94½ B
Darmstädter Abtg. 4 76 Bz
do. Zettel-B. 4 96½ G
Dessauer Kredit-do. 4 2½ Bz u G
Dessauer Landesbl. 4 13½ Bz
Cöln.-Minden 3½ 159 Bz
Cöln.-Oberb. (Wib.) 4 —
do. Stamm-Pr. 4 —
do. do. 4 81 B
Lahn-Düsseldorf 3½ 82½ B
Aachen-Maastricht 4 18 B
Amsterdam-Rotterdam 4 86½ B
Berg. Märk. Lt. A. 4 98½-97½ Bz
do. Lt. B. 4 —
Berlin-Anhalt 4 133½-32½ Bz
Berlin-Hamburg 4 115 B
Berl.-Potsd. Magd. 4 150½ Bz
Berlin-Stettin 4 121½ Bz
Bresl. Schw. Freib. 4 110 B
Brieg.-Neiße 4 —
Cöln.-Grefeld 4 —
Cöln.-Minden 3½ 159 Bz
Cöln.-Oberb. (Wib.) 4 —
do. Stamm-Pr. 4 —
do. do. 4 81 B
Düsseldorf-Bielefeld 5 —
Eduard.-Borsig. Verb. 4 134 B
Friedrich.-Borsig. Verb. 4 92½ B
Magdeb.-Halberst. 4 264½ B
Magdeb.-Wittenb. 4 40 B
Malitz-Budoweb. 4 110-9½ Bz
Mecklenburger 4 47 etw Bz u B
Münster-Hamm 4 95½ B
Neustadt-Wiehenb. 4 —
Niederländ. Markt. 4 97½ B
Niederländ. Zweigb. 4 —
do. Stamm-Pr. 4 —
Nordb. Fr. Wib. 5 463½ Bz
Oberl. Lt. A. C. 3½ 126 B
do. Lt. B. 3½ 113 Bz
Oest. Franz. Staat. 5 130-29 Bz
Oppeln-Luxemb. 4 —
Pr. Wib. (Steel-B.) 4 50 B
Waaren-Kr. Anth. 5 —

Prioritäts-Obligationen.

Bremen do. 102 B
do. do. 11. Ser. 5 104½ Bz
Coburg. Kredit-do. 4 60 B
Danzig. Priv. Bl. 4 94½ B
Darmstädter Abtg. 4 76 Bz
do. Zettel-B. 4 96½ G
Dessauer Kredit-do. 4 2½ Bz u G
Dessauer Landesbl. 4 13½ Bz
Cöln.-Minden 3½ 159 Bz
Cöln.-Oberb. (Wib.) 4 —
do. Stamm-Pr. 4 —
do. do. 4 81 B
Lahn-Düsseldorf 3½ 82½ B
Aachen-Maastricht 4 18 B
Amsterdam-Rotterdam 4 86½ B
Berg. Märk. Lt. A. 4 98½-97½ Bz
do. Lt. B. 4 —
Berlin-Anhalt 4 133½-32½ Bz
Berlin-Hamburg 4 115 B
Berl.-Potsd. Magd. 4 150½ Bz
Berlin-Stettin 4 121½ Bz
Bresl. Schw. Freib. 4 110 B
Brieg.-Neiße 4 —
Cöln.-Grefeld 4 —
Cöln.-Minden 3½ 159 Bz
Cöln.-Oberb. (Wib.) 4 —
do. Stamm-Pr. 4 —
do. do. 4 81 B
Düsseldorf-Bielefeld 5 —
Eduard.-Borsig. Verb. 4 134 B
Friedrich.-Borsig. Verb. 4 92½ B
Magdeb.-Halberst. 4 264½ B
Magdeb.-Wittenb. 4 40 B
Malitz-Budoweb. 4 110-9½ Bz
Mecklenburger 4 47 etw Bz u B
Münster-Hamm 4 95½ B
Neustadt-Wiehenb. 4 —
Niederländ. Markt. 4 97½ B
Niederländ. Zweigb. 4 —
do. Stamm-Pr. 4 —
Nordb. Fr. Wib. 5 463½ Bz
Oberl. Lt. A. C. 3½ 126 B
do. Lt. B. 3½ 113 Bz
Oest. Franz. Staat. 5 130-29 Bz
Oppeln-Luxemb. 4 —
Pr. Wib. (Steel-B.) 4 50 B
Waaren-Kr. Anth. 5 —

Prioritäts-Obligationen.

Bremen do. 102 B
do. do. 11. Ser. 5 104½ Bz
Coburg. Kredit-do. 4 60 B
Danzig. Priv. Bl. 4 94½ B
Darmstädter Abtg. 4 76 Bz
do. Zettel-B. 4 96½ G
Dessauer Kredit-do. 4 2½ Bz u G
Dessauer Landesbl. 4 13½ Bz
Cöln.-Minden 3½ 159 Bz
Cöln.-Oberb. (Wib.) 4 —
do. Stamm-Pr. 4 —
do. do. 4 81 B
Lahn-Düsseldorf 3½ 82½ B
Aachen-Maastricht 4 18 B
Amsterdam-Rotterdam 4 86½ B
Berg. Märk. Lt. A. 4 98½-97½ Bz
do. Lt. B. 4 —
Berlin-Anhalt 4 133½-32½ Bz
Berlin-Hamburg 4 115 B
Berl.-Potsd. Magd. 4 150½ Bz
Berlin-Stettin 4 121½ Bz
Bresl. Schw. Freib. 4 110 B
Brieg.-Neiße 4 —
Cöln.-Grefeld 4 —
Cöln.-Minden 3½ 159 Bz
Cöln.-Oberb. (Wib.) 4 —
do. Stamm-Pr. 4 —
do. do. 4 81 B
Düsseldorf-Bielefeld 5 —
Eduard.-Borsig. Verb. 4 134 B
Friedrich.-Borsig. Verb. 4 92½ B
Magdeb.-Halberst. 4 264½ B
Magdeb.-Wittenb. 4 40 B
Malitz-Budoweb. 4 110-9½ Bz
Mecklenburger 4 47 etw Bz u B
Münster-Hamm 4 95½ B
Neustadt-Wiehenb. 4 —
Niederländ. Markt. 4 97½ B
Niederländ. Zweigb. 4 —
do. Stamm-Pr. 4 —
Nordb. Fr. Wib. 5 463½ Bz
Oberl. Lt. A. C. 3½ 126 B
do. Lt. B. 3½ 113 Bz
Oest. Franz. Staat. 5 130-29 Bz
Oppeln-Luxemb. 4 —
Pr. Wib. (Steel-B.) 4 50 B
Waaren-Kr. Anth. 5 —

Prioritäts-Obligationen.

Bremen do. 102 B
do. do. 11. Ser. 5 104½ Bz
Coburg. Kredit-do. 4 60 B
Danzig. Priv. Bl. 4 94½ B
Darmstädter Abtg. 4 76 Bz
do. Zettel-B. 4 96½ G
Dessauer Kredit-do. 4 2½ Bz u G
Dessauer Landesbl. 4 13½ Bz
Cöln.-Minden 3½ 159 Bz
Cöln.-Oberb. (Wib.) 4 —
do. Stamm-Pr. 4 —
do. do. 4 81 B
Lahn-Düsseldorf 3½ 82½ B
Aachen-Maastricht 4 18 B
Amsterdam-Rotterdam 4 86½ B
Berg. Märk. Lt. A. 4 98½-97½ Bz
do. Lt. B. 4 —
Berlin-Anhalt 4 133½-32½ Bz
Berlin-Hamburg 4 115 B
Berl.-Potsd. Magd. 4 150½ Bz
Berlin-Stettin 4 121½ Bz
Bresl. Schw. Freib. 4 110 B
Brieg.-Neiße 4 —
Cöln.-Grefeld 4 —
Cöln.-Minden 3½ 159 Bz
Cöln.-Oberb. (Wib.) 4 —
do. Stamm-Pr. 4 —
do. do. 4 81 B
Düsseldorf-Bielefeld 5 —
Eduard.-Borsig. Verb. 4 134 B
Friedrich.-Borsig. Verb. 4 92½ B
Magdeb.-Halberst. 4 264½ B
Magdeb.-Wittenb. 4 40 B
Malitz-Budoweb. 4 110-9½ Bz
Meck